

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die graphische u. papierverarbeitende Industrie

25. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.
monatlich 20 Pf., ohne Postgebühren

Köln, den 26. Oktober 1929

Erscheint vierschriftig Samstag
Einzelnnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 22

Anweisungen zur Herbstwerbeweche

Wie schon durch Rundschreiben der Bezirksleiter bekannt, soll auch in diesem Herbst eine allgemeine Werbeweche durchgeführt werden. Die Werbetätigkeit des Gewerkschafters ist ja an keine Zeit und keine Grenze gebunden. Er soll immer und zu jeder Zeit für seine Idee kämpfen und werben. Trotzdem läßt sich diese fortlaufende Werbetätigkeit noch steigern durch gleichzeitig und allgemein durchgeführte Werbewochen.

Unsere VIII. Generalversammlung hat sich eingehend mit dem Kapitel Ausdehnungsmöglichkeiten befaßt. Es gilt jetzt, Ernst zu machen! Der Zentralvorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, diese Herbstwerbeweche in den einzelnen Bezirken durch die Bezirksleiter einzuleiten und durchführen zu lassen. Für alle Ortsgruppen gelten dabei folgende

allgemeine Richtlinien.

1. Der Ortsgruppenvorstand legt in einer Sitzung den Werbeplan für den Ort und die einzelnen Betriebe fest. Vor allem sind durch geeignete Mittel und Personen die Adressen der Unorganisierten und Falschorganisierten zu sammeln. Ein systematisch geführtes Betriebsverzeichnis erleichtert diese Arbeit sehr. Der Plan muß sich natürlich immer den örtlichen Verhältnissen anpassen, soll aber nach Möglichkeit immer etwas Neues bringen.
2. Diese Vorarbeiten müssen möglichst sofort erledigt werden. In einer Mitgliederversammlung wird dann der Plan besprochen und die Rollen verteilt. Die Hauptaufgabe ist, geeignete Kolleginnen und Kollegen zu dieser besonderen Werbearbeit zu gewinnen. Nicht nur Vorstandsmitglieder, jedes Mitglied hat hier Pflichten!
3. In dieser Versammlung müssen Anleitungen zur praktischen Werbearbeit gegeben werden. Besonders die Hausagitation als alterprobes und bewährtes Mittel ist zu empfehlen und des näheren zu schildern! Besonders empfehlenswert ist es, wenn über Erfahrungen von früheren Hausagitationen berichtet wird.
4. Betriebsversammlungen, oder auch größere Versammlungen, mit kleinen Feiern verbunden, können, je nach den örtlich gelagerten Umständen, ebenfalls erfolgversprechend sein.
5. Gemeinsame Versammlungen mit den konfessionellen Vereinen, Austausch der Mitgliederlisten mit diesen leiten vorteilhaft eine systematische Werbearbeit unter den Mitgliedern dieser Vereine ein.
6. Die bestehenden Jugendgruppen sollen weitgehend zur Werbetätigkeit angespornt werden. Besonders unter den jugendlichen Unorganisierten erzielen Alterskollegen beste Erfolge. Die Jugendgruppen berichten über ihre Erfolge und Arbeiten gesondert.
7. Die Ortsgruppenvorstände berichten bis Mitte Dezember an die Zentrale über die Gesamterfolge. Besonders rührige Mitglieder werden durch den Hauptvorstand eine Anerkennung in geeigneter Form erhalten.

Wir haben auf der Jubiläums-Generalversammlung voll Begeisterung versprochen, mit allen Mitteln für die weitere Ausdehnung unseres Graphischen Zentralverbandes einzutreten. Beim Reichsjugendtag haben die Teilnehmer feierlich gelobt, eifrige und nimmermüde Mitarbeiter zu sein. Jetzt gilt es, diese Versprechungen in die Tat umzusetzen. In ganz Deutschland, in allen Ortsgruppen muß jetzt ein Wettstreit entbrennen. Die Parole muß überall lauten: Der letzte Unorganisierte, der letzte Falschorganisierte, herein in den Graphischen Zentralverband.

Auf, an die Arbeit!

Der Hauptvorstand.

Die christlichen Gewerkschaften und das deutsche Volk

(30 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung*)

Um Pfingsten dieses Jahres waren drei Jahrzehnte verfloßen, seitdem in der alten Bischofsstadt Mainz Vertreter christlicher Gewerkschaften zusammenzutreten zu einem Kongreß. Zweck und Ziel des Kongresses war, die verstreuten und zersplitterten Organisationen der christlichen Arbeiter einheitlicher zusammenzufassen, sie dadurch aktionsfähiger zu gestalten und vor allem auch der Bewegung Ziel und Programm zu geben. Beide Aufgaben sind durch den später gegründeten Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften mit Erfolg nach unendlichen Mühen durchgeführt worden. In diesem dreißigjährigen Bestehen geizt es sich, daß wir einen kurzen Rückblick auf jene Zeit werfen und an Hand dieses Rückblicks uns die Frage vorlegen: Haben wir im Sinne jener ersten Gründer unserer Bewegung durchgehalten, und zu welchem Erfolge sind wir gekommen?

Es ist nicht nur für uns Ältere eine interessante Erinnerung, sondern es ist auch für unsere jüngeren Kollegen äußerst lehrreich, wenn wir uns einen Augenblick in die damaligen Zeitverhältnisse zurückverlegen. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes und der sogenannten Maigesetze, hob in Deutschland eine neue Epoche an. Die damaligen Staatsmänner mußten erkennen, daß die Arbeiterfrage immer mehr mit der heranwachsenden Industrie eines der großen Kernprobleme für Staat und Wirtschaft wurde. Am lebhaftesten wurde es allen Staatsmännern und allen Politikern zum Bewußtsein gebracht, wie dringlich eine Fürsorge für das Wohl der Lohnarbeiter war!

durch die Bergarbeiterstreiks von 1890

im Ruhrgebiet und an der Saar. Durch diese Streiks wurde die trostlose Lage der Arbeiter wie durch Blitzlicht beleuchtet. Die Folge war manche kleine Reform und auch Besserung der Löhne. Eins aber war den Bergleuten klar bewiesen, daß, wenn sie mit den gewaltigen Bergherren ihre Kräfte messen wollten, um gerechte Löhne und Arbeitsbedingungen zu erzielen, sie dazu eine geschlossene und starke Organisation notwendig hatten. Für die christlichen Arbeiter schuf August Brust mit seinem Freund Köster u. a. 1894 den Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter und es ist außerordentlich bemerkenswert, daß in dem bekannten Brief, den Brust an Köster richtete, er bereits ein Programm entwickelte, das später die Grundlage unserer ganzen gewerkschaftlichen Tätigkeit geworden ist.

Der Umschwung in der Betrachtung der Lage der arbeitenden Klasse kam dann im Jahre 1890 durch zwei hervorragende Dokumente zum Ausdruck. Es waren dies die kaiserlichen Februar-Erlasse und die Enzyklika rerum novarum von Papst Leo XIII. Wie immer man auch über jene Februar-Erlasse denken mag, damals waren sie eine heroische Tat des jungen deutschen Kaisers. Und würde man die Grundgedanken dieses Erlasses fortschrittlich und nicht rückwärts, wie es wirklich geschehen ist, auf die Arbeiterfrage angewandt haben, so würden uns vielleicht manche bittere Erfahrungen und Kämpfe erspart geblieben sein. Die älteren Kollegen erinnern sich sicher noch, welche ungeheure Schwierigkeiten uns die Handhabung des damaligen preußischen Vereinsgesetzes bereitet hat. Wir alle haben damals mehr oder weniger unsere Strafmandate auf Grund dieses reaktionärsten aller Vereinsgesetze erhalten.

Ein Merkstein in der Geschichte der damaligen Zeit-epoche ist auch der internationale Arbeiterschuttkongreß in Zürich. Das Zusammenreffen mit den ersten Führern der sozialistischen Internationale war für die christliche Arbeiterbewegung ein Ansporn, nimmermehr auch in den eigenen Reihen einmal nach dem Rechten zu sehen. Der verstorbene Abgeordnete Erzberger nahm als junger Dachs lebhaften Anteil an diesem Kongreß. Es ist vielleicht nur wenigen von Ihnen bekannt, daß Erzberger kurz

nachher eine kleine Broschüre herausgab, in der er die Notwendigkeit und den Charakter christlicher Gewerkschaften in zündenden Worten darlegte.

Der Kreis der Sozialreformer wurde indessen immer größer.

Der Mainzer Kongreß

stellte die hervorragendsten Sozialpolitiker vor eine ganz neue Situation. Als festgeschlossene gewerkschaftliche Bildungen bestanden bis dahin nur die freien Gewerkschaften und die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine. Den Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter betrachtete man als ein mehr oder minder fragwürdiges Experiment. Die kleinen Gruppen, die sich sonst im Lande gebildet hatten, nahm man nicht sonderlich ernst. Man vermutete, daß sie mehr auf Betreiben der Geistlichkeit gebildet seien, um die christliche Arbeiterbewegung von der Sozialdemokratie fernzuhalten, und auch den Arbeitgebern eine ergebene und willige Arbeiterkraft zu erhalten. Als aber das Mainzer Programm bekannt wurde und der entschlossene Wille, den besonders August Brust herausstellte, unerbittlich an dem Ausbau der Organisation und der Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft zu arbeiten, sah man doch ein, daß wir eine durchaus ernst zu nehmende Bewegung waren. Nur die Herren von den freien Gewerkschaften wollten und konnten nicht einsehen, daß die „christlichen Gewerkschaften“ eine ebenso selbständige, freie und unabhängige Arbeiterbewegung darstellten wie die ihrige. Heute kann uns niemand mehr unsere Existenzberechtigung abstreiten.

Haben wir im Sinne des Mainzer Kongresses die uns gestellte Aufgabe erfüllt?

Ich antworte hier mit einem runden Ja! Ganz gewiß sind wir noch nicht am Ende der sozialen Entwicklung. Es ist auch heute noch vieles unbefriedigend in der Lage der Arbeiterschaft. Aber wir haben in redlichem Bemühen mit ungebogenem Opfergeist versucht, das zu erfüllen, was uns in Mainz zur Aufgabe gemacht worden war. Es war ein besonderes Glück, daß wir einen Mann wie Adam Stegerwald, der mit größter Energie sich allen Schwierigkeiten entgegenstellte, in der Führung der Bewegung hatten.

Ich habe schon einleitend darauf hingewiesen, wie trostlos die Lage war, als die sogenannte soziale Epoche um das Jahr 1890 begann. Nur wenige können sich den Tiefstand der Löhne, die Ausdehnung der Arbeitszeit, den fast vollständig fehlenden Schutz gegen Betriebsgefahren und Krankheiten vorstellen. Welche Kämpfe sind geführt worden um den Zehn-Stunden-Tag — der Acht-Stunden-Tag galt damals als eine utopische revolutionäre Forderung. Ich erinnere an den Kampf gegen die 24- und 36-Stunden-Schichten in der Schwerindustrie, gegen das Übermaß von Überstunden, das neben der zwölfstündigen Arbeitszeit den Arbeitern aufgeladen wurde. Die persönliche Freiheit des Arbeiters war gleich Null. Die Koalitionsfreiheit war mit allen möglichen Schikanen umgeben.

Rückblickend können wir heute sagen, daß auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung große Fortschritte gemacht worden sind. Tarifrecht und Arbeitsrecht sichern in hohem Maße die Existenz des Arbeiters, schützen ihn vor Willkür. Die Versicherungsgesetzgebung ist trotz der schweren Zeit erheblich ausgebaut und durch die Arbeitslosenversicherung ergänzt. Wir dürfen aber keinen Augenblick vergessen, daß alle diese sozialen Errungenschaften gestützt und getragen werden müssen von einer freien Arbeiterschaft, von starken gewerkschaftlichen Organisationen.

Wie stehen wir zur Wirtschaft?

Eines der Argumente gegen die Sozialpolitik war immer: die Wirtschaft könne die Lasten nicht tragen, das Gewerkschaftswesen lähme die Wirtschaft, lähme die Arbeitslust usw. Ein kurzer Rückblick zeigt uns, daß

* Vortrag des Kollegen Johannes Wiesberts auf dem 12. christlichen Gewerkschaftskongreß.

vor dem Kriege, wo das Gewerkschaftsleben in Deutschland eine außerordentliche Ausbreitung erfahren hat, auch gleichzeitig das Zeitalter der höchsten Entwicklung der deutschen Industrie gewesen ist. Die christlichen Gewerkschaften haben grundsätzlich von Anfang an den Klassenkampf abgelehnt und in dem Mainzer Programm ausdrücklich betont, daß die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter möglichst im Frieden und Einverständnis mit den Arbeitgebern erzielt werden sollen. Der Streik, die Arbeitseinstellung, war das letzte Mittel. So halten wir es auch heute noch. In einem Punkte werden wir allerdings stets unachgiebig sein, daß wir in dem Maße, wie Fortschritt und Technik die menschliche Arbeit befruchten, entsprechende Verbesserung unserer Lage in Form von höheren Löhnen und kürzeren Arbeitszeiten verlangen. Wir betrachten die Arbeiterkraft in der Wirtschaft als einen gleichberechtigten Faktor, der nicht hemmt, sondern mitarbeitet und fortschreitet.

Eine dritte Aufgabe stellen wir uns in Mainz, die gewerkschaftliche Aufgabe im Sinne der christlichen Weltanschauung durchzuführen.

Auch diese religiöse Seite der Gewerkschaftsfrage ist hart umstritten gewesen. Wir wollen keine üblen Erinnerungen aufwischen, sondern nur das eine feststellen: alle schwarzbeinigen Befürchtungen über den interkonfessionellen Charakter der Gewerkschaften sind zerschanden geworden. Im Gegenteil, für die Erhaltung der christlichen Weltanschauung in den breiten Massen unseres Volkes haben unsere christlichen Gewerkschaften gemeinsam mit den konfessionellen Arbeitervereinen Hervorragendes und Ausschlaggebendes geleistet. Mit der Aufstellung christlicher Grundzüge für unsere gewerkschaftliche Arbeit haben wir auch den scharfen Trennungsstrich zwischen uns und dem Sozialismus gezogen. Wir haben damit gleichzeitig jener materialistischen ungläubigen Richtung, die sich auch in der heutigen Zeit noch sehr breit macht, den Kampf angelegt.

Unsere Stellung zur Sozialdemokratie.

Auf dem Frankfurter Arbeiterkongreß 1903 wollte man uns drängen, eine starke Note gegen die Sozialdemokratie auszusprechen. Ich habe das damals abgelehnt und gesagt, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung nicht geschaffen sei als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie. Mit der möchten sich die herumtschlagen, welche sie geschaffen hätten durch ihre Miswirtschaft. Unsere Aufgabe sei es, positiv an der wirtschaftlichen und geistigen Hebung der lohnarbeitenden Klasse mitzuwirken. Erst viel später erhielt ich Kenntnis von einem Schreiben, das Brust am 8. April 1894 an Hermann Köster gerichtet hat, jenes Schreiben, das in hohem Maße programmatischen Charakter hatte. In diesem Schreiben führte Brust folgendes aus:

„Die christlichen Vereine sollen immer den Sturmbock gegen die Sozialdemokratie abgeben, aber wenn es heißt, für die Interessen der Bergleute eintreten, dann halten sich die lieben christlichen Vereine zurück, das heißt, deren Leiter mit Ausnahme einiger Weniger, wollen sich mit dieser Sache nicht befassen. Nun gut, will man uns in wirtschaftlicher Hinsicht nicht helfen, dann laß ich mich, und das werden auch in Zukunft noch viele tun, nicht als Sturmbock gebrauchen. Mögen diejenigen, welche die Sozialdemokraten gezüchtet haben, dieselben auch bekämpfen.“

Die Entscheidung in der Frage des Nationalen fiel auf dem ersten christlich-nationalen Arbeiterkongreß 1903 in Frankfurt. Hier tagten zum erstenmal christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine gemeinsam. Bei den Vorbereitungen zu dem Kongreß wurden wir einigermassen verleugert, wie wir den Kongreß nennen sollten. Nach längerem Hin- und Herschwanken nannten wir ihn stolz und frei „Christlich-nationaler Arbeiterkongreß“. Sie wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß mit dem Wort national von jeder viel Unfug getrieben worden ist und auch heute noch getrieben wird. Unsere nationale Gesinnung entflammte der Liebe zum Volke, zu unserer Heimat und zu unserem Vaterland. In den schweren Zeiten, die wir seit dem Zusammenbruch des Krieges erlebt haben, hat gerade diese Einstellung der christlichen Gewerkschaften in erheblichem Maße dazu beigetragen, Deutschland vor dem Chaos und dem Volkseigenismus zu bewahren. Das Wort national kann nicht von politischen Parteien und Gruppen in Erbpacht genommen werden, es muß und soll Gemeingut des ganzen deutschen Volkes sein.

Auf Grund dieser Auffassungen war naturgemäß auch unsere Stellung im öffentlichen Leben gegeben. Und so wenig unsere christlichen Gewerkschaften jemals parteipolitisch eingestellt gewesen sind, sondern die parteipolitische Neutralität als eine Grundbedingung für ihre Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung betrachteten, so sehr hat die junge Bewegung indirekt dazu beigetragen, die christliche Arbeiterschaft im allgemeinen in der Politik zur Geltung zu bringen. Wenn wir auch das Ziel, welches sich die sozialdemokratische Partei gesetzt hat, die Eroberung der politischen Macht und Alleinherrschaft der Arbeiterklasse, nicht teilen, so stehen wir doch auf dem Standpunkt, daß wir die Politik und die Parteien im Sinne unserer sozialen Bestrebungen nach

Möglichkeit beeinflussen. Wir fordern deshalb eine anteilmäßige Mitwirkung in den öffentlichen Verwaltungen.

Wir können mit Stolz und Genugtuung auf die 30jährige Geschichte unserer christlichen Gewerkschaften zurückblicken und können mit gutem Gewissen sagen, daß wir die in Mainz 1899 aufgestellten Aufgaben und Ziele nach besten Kräften wirksam und erfolgreich gefördert haben. Es wird niemand bestreiten, daß wir uns erfolgreich neben der Sozialdemokratie und zum großen Teil auch gegen sie durchgesetzt haben. Wenn wir nun unsere Bewegung zu ihrem Endziel führen wollen, dann sind dazu gewisse

Voraussetzungen erforderlich.

Ich nenne zuerst: Wir alle, besonders unsere jüngeren Mitglieder, müssen an unsere Bewegung, ihre Zukunft und ihre Aufgabe glauben! Der Glaube und die Liebe zu unserer Bewegung und ihren Zielen gibt jedem von uns die innere Befriedigung bei der gewerkschaftlichen Arbeit.

Aus diesem Glauben aber muß auch das Vertrauen herauswachsen, Vertrauen zu der Stärke, Zukunft und Kraft der Bewegung und Vertrauen auch zu unseren Führern!

Komm zu uns!

Wir kämpfen schon lange und kämpfen schwer, Doch ist der Erfolg zu klein, Das macht: — Dein Platz, Kamerad, blieb leer, Eine Lücke schmückt unsere Reih'n. Wir hofften, es folgte der letzte Mann, Wir haben uns leider geirrt, Auch du bist mit Schuld, wir klagen dich an: Denn du bist unorganisiert!

Du hast nicht geist, doch zu erkenst mit Hast du dich nie bedacht, Wenn wir andern mühsam Schritt für Schritt Erfolge heimgebracht, Wir kämpften für dich, du schautest zu, Hast keinen Finger gerührt, Ist der Sieg nur ein halber, die Schuld trägtst du, Denn du bist unorganisiert!

Wir rufen dich, Kamerad! — Sage nicht nein, Und schieb' es nicht wieder hinaus, Beforge die einen Beileisttscheln Und fülle ihn heute noch aus, Deine Hand, Kamerad, den Brüdern gerecht, Und was du bisher getirt, Das mache nun besser. — Der Sieg wird leicht, Wenn der letzte erst organisiert!

Aus diesem Glauben und Vertrauen heraus springt die Erkenntnis von der harten Aufgabe, die jeder von uns in der Mitarbeit zu erfüllen hat: Opferwilligkeit und Hingabe an die großen Ziele der Bewegung! Nicht das persönliche, eigene Interesse, sondern das Gesamtinteresse, das Gesamtideal der deutschen lohnarbeitenden Klasse muß uns immer wieder vor der Seele stehen. Denken Sie zurück an Mainz, an die einfachen Menschen mit ganz primitiven gewerkschaftlichen Auffassungen, die da zusammenströmten, niemand von uns hat je in jener Zeit an sich selbst gedacht. Wir haben keine Schwierigkeiten gesehen, keine Hindernisse betrachtet, wir haben nur gearbeitet: Sonntags und Werktags, Tag und Nacht. Wir hatten alle nur die Empfindung, wenn wir nicht alles daran setzen, dann laufen wir Gefahr, daß das glimmende Fünkchen der christlichen Gewerkschaftsbewegung von seinen Feinden und Beggern erstickt würde. Und unser Herrgott war mit uns. Er hat uns gehalten, daß wirs geschafft haben. Und so wünsche ich, daß unsere junge Generation, der es an gutem Willen sicherlich nicht fehlt, von dem gleichen Glauben, von dem gleichen Vertrauen, von dem gleichen Opferfinitz sich leiten lasse. In ihrer Hand liegt die Zukunft unserer Bewegung. Möge sie das, was in Mainz in edelster, christlicher Gesinnung seinerzeit begründet wurde, verteidigen, ausbauen und zum vollen Ziele führen!

Und nun?

Der Frankfurter Kongreß hat stärkste Eindrücke in der Öffentlichkeit und den eigenen Reihen hinterlassen. Die Tagespresse nahm allerorts Stellung zum Kongreßverlauf und den Entschlüssen. Erneut wird der Beweis erbracht, daß wir, die christliche Gewerkschaftsbewegung, ein wichtiger Faktor im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben sind. Anhänger und Gegner sind aufgerüttelt, nachdrücklichst wurde ihnen Idee und Wollen unserer Bewegung wieder ins Gedächtnis gehämmert.

Die Aussprache über die christliche Gewerkschaftsbewegung kommt überall erneut in Fluß. Gut so. Nutzen wir aber nunmehr diese Auslockerung der öffentlichen Meinung geschickt aus.

Es ist bekannt, daß immer noch weite Teile der Arbeiterschaft den Anschluß an die christliche Gewerkschaft nicht finden konnten. In unseren Berufen sind es viele, die aus Angst oder Gedankenlosigkeit falsch organisiert sind. Wer kennt nicht Kollegen und noch mehr Kolleginnen, die sich von einer roten Mehrheit im Betriebe beeinflussen und einsparen lassen? Die ihre eigene innere Überzeugung, ihre christliche Grundeinstellung einfach verleugern?

An all diese, an Unorganisierte und Falschorganisierte gilt es, heranzukommen. Auch die Unorganisierten haben schon bisher am Gewerkschaftsleben Anteil genommen. Sie haben immer die Tariflöbne eingestekt, haben an den sonstigen Erfolgen der gewerkschaftlichen Arbeit mitgezogen und — das alles als eine Selbstverständlichkeit betrachtet! Ja, die Herrschaften sind oft sehr erzürnt, wenn bei Lohnverhandlungen das von ihnen erwünschte Ergebnis nicht erreicht wird. Hier fehlt das Standesbewußtsein, das Empfinden für das Schmarozerhafte dieser Einstellung. Im Kleintum der alltäglichen Sorgen um Arbeit und Brot, inmitten einer selbstthätigen Mit- und Umwelt ging vielen das Gefühl für moralische Sauberkeit und Arbeiterehre verloren. Dies ganz natürliche Ehrgefühl schlummert aber in jedem Menschen. Es gilt also bei diesen armen Menschen, an ihr Gewissen zu appellieren, diesen Ehrbegriff wieder zu wecken!

Jedes erlaubte Werbemittel muß immer und immer wieder angewandt werden. An Hand des Kongreßverlaufes kann jedem, auch dem beriffensten und verbittertsten Menschen, die Lauterkeit unserer Gesinnung, die Ehrlichkeit unseres Strebens nachgewiesen werden. Wie die bisher absteits Stehenden, die Abtrünnigen, die Falschorganisierten, sie alle gilt es, zu überzeugen und zu Anhängern unserer Sache zu machen.

Dazu sind vor allem anderen Mitarbeiter nötig. Mitarbeiter an der Ausbreitung unserer Ideen heißt nicht nur neue Mitglieder werben, sondern es heißt, neue Mitstreiter gewinnen und heranzubilden. Alle Kräfte in unseren Ortsgruppen müssen mobil gemacht werden, keine Werbemöglichkeit darf verpaßt werden. Etwas persönlicher Mut, etwas mehr Draufgängertum ist vorzuziehen.

Neben all den erprobten Werbemethoden — Werbetommmissionen, Werbewochen, Hausagitation — ist es ganz besonders eine Möglichkeit, die noch viel zu wenig ausgenutzt wird. Die Werbetätigkeit im Betriebe, am Arbeitsplatz! Da muß jede Kollegin, jeder Kollege eifertichtig darüber wachen, daß kein Unorganisiertes neben ihm steht. Selbst ist der Mann! Nicht abwarten bis der Vertrauensmann kommt! Sobald ein Frischer die Arbeit beginnt, muß die erste Frage des Nebenarbeiters sein: Bist du organisiert? Wo ist der neue Kollege, die neue Kollegin nicht organisiert, dann aber ran! Auf jedes Butterbrot muß es ihnen geschnitten werden, jeden Augenblick müssen sie es fühlen, ich bin nicht organisiert, ich stehe außerhalb der Gemeinschaft. Es muß einfach unmöglich sein, daß keine Organisierten noch Unorganisierte stehen. Das soll und bedeutet, das man die Leute deshalb dranzufallen laßt. Im Gegenteil. Befennermut, offenes Eintreten für unsere gesunde Idee, daneben Umficht und Hilfsbereitschaft sind geeigneter als leeres Schwadronieren und Krach schlagen. Etwas anderes ist die Lust zum Angriff auf verschrobene Ansichten, auf feige Zurückhaltung. Da muß jedes Mitglied anpacken und darf sich auch nicht durch Gefühlsduselei vom herzhaften Angriff abhalten lassen.

Wenn wir unbedingte Solidarität untereinander, halten wir unter den eigenen Verbandsmitgliedern im Betrieb echte, warmherzige Kollegialität — und lassen wir den Unorganisierten, den Falschorganisierten fühlen, daß er kein Recht an dieser Gemeinschaft und ihren Erfolgen hat. Solange nicht, bis er sich einschließt, Mitglied und Mitarbeiter in eben dieser Gemeinschaft — dem Graphischen Zentralverband — zu werden. Von dem Augenblick an gehört er in den Kreis der Gleichgesinnten, und alles Vorangegangene muß ausgelöscht und vergessen sein.

Diese Möglichkeiten, im Betrieb zu werben, gibt es immer. Sie lassen sich nicht auf bestimmte Zeiten und Wochen verteilen. Die ganze Werbearbeit übrigens nicht! Aber jetzt, in der Herbstwerbung, muß die sonstige Tätigkeit durch verstärkte und verstärkte Arbeit in den Betrieben unterstützt und gefördert werden. Dann muß es uns gelingen, in jeder Ortsgruppe Erfolge aufzuweisen. Dann stärken wir unsere Gruppen nicht zahlenmäßig, sondern auch dem Geiste und der Gesinnung nach.

So soll uns der Frankfurter Kongreß zu einem wertvollen Bundesgenossen im Kampf um den Aufstieg werden. So tragen wir alle dazu bei, die Wirkungen dieses Kongresses auszumerten und auszunutzen. machen wir sie nutzbar für unseren eigenen Verband für uns selbst. Wer will da zurückstehen?

Auf, an's Werk!

Der Tarifgedanke im Buchbindergewerbe

Nur langsam hat der Gedanke des kollektiven Arbeitsvertrages in den einzelnen Berufsgruppen festen Boden fassen können. Die Buchdrucker waren durch ihre frühzeitige Organisationsreife und größere Einheitlichkeit in der Berufsgliederung bahnbrechend im Tarifvertragswesen in die Erscheinung getreten. Trotz aller Widerstände im Arbeitgeber- und Arbeitnehmerlager haben sie die Ideen des korporativen Arbeitsvertrages in den Vordergrund gedrängt und als erste die reichsrechtliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgesetzt. Weit weniger einheitlich und übersichtlich gestaltete sich die Tarifbewegung in dem vielverzweigten Gewerbe der Buchbinderei. Das Ringen um den korporativen Arbeitsvertrag im Buchbindergewerbe ist insofern im besonderen interessant, da es erst in den letzten Jahrzehnten die Schwelle des Kleinhandwerks überschritt und in verschiedenen Spezialgruppen der Großproduktion entgegensteht. Es entwickelte sich zunächst die Fabrikation der Geschäftsbücher als besondere Spezialbranche, was unter den neuzeitlichen Normen des Geschäftswertehrs mit geordneter Buchführung und der damit verbundenen Massenerstellung erforderlich wurde. Wir erinnern in diesem Zusammenhang auch an die von der Buchbinderei abgeforderte Portefeuille- und Galanteriewarenindustrie. Gleiches gilt auch in bezug auf die Kartonnagen-Fabrikation, die einen überraschend schnellen Aufschwung nahm, als abgeforderter Spezial-Berufszweig.

Der handwerksmäßige Buchbinderei-Betrieb ist trotz der Absonderung verschiedener Spezialgruppen in Großbetrieben, nicht nur in mittleren und kleinen Städten, am Leben geblieben, sondern konnte sich auch in den Großstädten dadurch halten, weil die Massenerstellung nicht für alle Produkte möglich war und außerdem der verschiedenartige Geschmacksinn der Kunden die Aufrechterhaltung notwendig machte. In den kleinen Orten hat sich die Buchbinderei teils heute noch in ihrem alten Charakter erhalten und ist fast durchweg mit offenen Schreibwaren- und Papiergeschäften verbunden. Die Belieferung von Schulen und Behörden gibt vielfach heute noch den Stützpunkt für das Fortbestehen der handwerksmäßigen Betriebe. Moderne Fabrikbetriebe (Großbuchbindereien) wurden zunächst in den maßgebenden Buchstädten, wie Leipzig, Stuttgart, Berlin und für die Kontobuch-Branche in Hannover ins Leben gerufen. Es ist daher verständlich, daß der Tarifgedanke zunächst in diesen Städten Eingang fand. Aber auch hierüber war bereits zu erkennen, daß man nach dem Vorbild der Buchdrucker die Schaffung eines Tarifvertrages für das ganze Reichsgebiet anstrebte. In den mittleren und größeren Betrieben in Leipzig wurde die Akkordarbeit sehr schnell heimisch, und bereits im Jahre 1873 versuchten die dortigen Gehilfen einen einheitlichen Akkordtarif durchzusetzen, was aber selbst durch Streit nicht gelang. Im Jahre 1885 unternahm die dortigen Gehilfen einen erfolgreichen Vorstoß gegen das Überhandnehmen von Überstunden und erzielten einen besonderen Aufschlag für diese. Im Jahre 1886 unterbreitete das Leipziger Buchbinderei-Personal den dortigen Unternehmern erstmalig einen vollkommen ausgearbeiteten Tarifvertrag, der aber keine Annahme fand. Die Vorlage führte aber im folgenden Jahre zu gemeinsamen Tarifberatungen, und das Resultat der Verhandlungen war die erstmalige Festlegung eines Korporationsvertrages. In demselben wirkten sich u. a. folgende Bestimmungen aus: Arbeitszeit täglich 9 1/2 und Sonnabends 9 Stunden, Minimalstundentlohn für Gehilfen 23 S und für die ersten zwei Überstunden ein Aufschlag von 5 S, für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 10 S. Die Arbeiterinnen blieben damals noch unberücksichtigt. Schon damals stellte es sich sehr rasch heraus, daß ein Tarifvertrag nur dann Wertbeständigkeit aufweist, wenn das in Frage kommende Personal in ausreichender Form von den gewerkschaftlichen Gewaltmitteln Gebrauch macht und so kam es, daß trotz Tarifhöhnschwankungen bis zu 50% festgestellt werden konnten. Im Jahre 1897 wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, der eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Woche vorsah und einen Stundenlohn für Gehilfen von 38 S festlegte. Erstmals wurde in demselben auch der Stundenlohn für Arbeiterinnen von 16 bis 38 S festgelegt. Bezeichnend war auch der Umstand, daß in dem damaligen Vertrag dem jeweiligen Arbeitsausschuß das Recht eingeräumt war, für körperlich und geistig schwächliche Personen, die dem vermeintlich leichten Berufe zugeführt wurden, niedrigere Stundenlöhne festsetzen zu können.

Im September 1900 kam es nach langen Verhandlungen zur Schaffung des Drei-Städte-Tarifes, Berlin-Leipzig-Stuttgart. Dieser Vertrag gab auch für andere Buchstädte den Auftakt zu ähnlichen Tarifabschlüssen.

Unsere Organisation, der Graphische Zentralverband, leiste stets seine ganze Ehre darenin, dem Tarifvertragsgedanken Vorschub zu leisten. Mit Stolz kann hervorzuheben werden, daß wir an allen Orten, wo wir nennenswert vertreten waren, Orts- bzw. Firmentarife abgeschlossen haben, so in einer Reihe von Orten allein und im übrigen mit den freigewerkschaftlichen Organisationen zusammen. Im Jahre 1908 wurde der Gedanke laut, einen sogenannten Vier-Städte-Tarif für die Orte

Köln-Düsseldorf-Nachen-M. Gladbach zu schaffen. Die Widerstände im Arbeitgeberlager in M. Gladbach und teils in Nachen waren aber so stark, daß sich dieser Plan nicht verwirklichen ließ, aber anschließend ein sogenannter Zwei-Städte-Tarif für Köln und Düsseldorf geschaffen werden konnte. Rund 80% unserer Mitglieder arbeiteten bereits in der Vorkriegszeit zu tariflichen Bedingungen. Nach dem Kriege haben die Bestrebungen zur Schaffung eines Reichstarifes für das Buchbindergewerbe stärkstens eingesetzt, aber erst nach fast einjähriger Beratung und Bearbeitung führten sie zum Erfolg. Der damals getätigte einheitliche Buchbinder-Reichstarif hat auch für die verwandten Berufe das Fundament abgegeben, ebenfalls Reichstarife zu schaffen. Trotz Reichstarif sind in einzelnen Orten vielfach Schwierigkeiten entstanden, die nicht selten nur mit Streit behoben werden konnten. Bedauerlich ist im besonderen, daß inzwischen für einen Berufszweig drei Reichstarife entstanden sind. Für jenen mit dem Deutschen Buchdrucker-Berein ist durchaus die Berechtigung gegeben, denn es ist nicht angängig, daß gelernte Berufe unter einem Dach ihre allgemeinen Arbeitsbedingungen verschiedenartig geregelt erhalten. Das Ziel der gleichen Entlohnung mit den Buchdruckern ist leider bisher noch nicht möglich geworden. Die Trennung in reichsstariflicher Hinsicht zwischen der Geschäftsbuchbranche, den handwerksmäßigen Betrieben im

Gott sei

schon einmal nachgedacht, wie du in den kommenden Wochen deiner Werbepflicht für den Verband in besonderem Maße nachkommen kannst? Sind

ich

alle deine Arbeitskolleginnen und Kollegen aus deinem Bekanntenkreis Mitglieder unseres Verbandes? Wenn du das erreicht hast, im Verein mit anderen, erst dann hast du

meinen Dank

erkannt und erfüllt. Denke daran, daß du immer und bei jeder Gelegenheit

für meinen Gewerkschaften Zentralverband

werben, dich für ihn einsetzen sollst. Diese Arbeit ist keine Last, sie

zufällt

auch dich mit Genugtuung und Freude.

Danke sagen, dankte sagen

Gegensatz zu den Großbuchbindereien wäre besser unterbleiben, weil sie allzu leicht geeignet ist, Wirrwarr in tarifpolitischer Hinsicht bei der Spezialberufsgliederung herbeizuführen.

Diese kurz gedrängte Schilderung der Tarifentwicklung im Buchbindergewerbe soll zeigen, daß viel Arbeit und Ausbau notwendig war, um zu den heutigen Zuständen zu gelangen. Auch hier ist zu erkennen, daß die Organisation eine zwingende Notwendigkeit ist und es für jeden Berufszugehörigen eine Selbstverständlichkeit sein müßte, gewerkschaftlich organisiert zu sein. Nur dadurch, daß unsere Vorhaben unter Anwendung gewerkschaftlicher Machtmittel den Grundstein für die heutige Tarifpolitik legten, haben wir die Möglichkeit, dieselbe weiter auszubauen. Sehen wir doch in der heutigen Zeit, daß der Maschinenpart im Buchbindergewerbe immer mehr wächst und somit die Handarbeit immer mehr durch die Maschine ersetzt wird. Es ist doch dadurch möglich, daß heute viele Betriebe mit einer geringen Belegschaft stärkste Produktionsauswirkung haben. Die Rationalisierungsmaßnahmen haben ja in fast allen Gewerben derartige Umstellungen mit sich gebracht und die Zahl der Arbeitssuchenden fortgesetzt gesteigert. Die Vorteile der Rationalisierungsmaßnahmen sind fast restlos dem Unternehmergewinn zugestossen. Durch moderne Maschinen werden immer mehr gelernte Arbeitskräfte eingepart. Außerdem bedienen sich die Unternehmer mit Vorliebe der billigeren weiblichen Arbeitskraft, wodurch auch die Gefahr wächst, mehr und mehr reine Gehilfenarbeit den Hilfskräften zu überantworten.

Unsere Kleinhandwerker schlagen sich heute größtenteils nur mit Lehrlingen durch und letztere wissen nach Beendigung der Lehrzeit nicht, wo sie im Gewerbe unterkommen sollen. In einzelnen Bezirken Deutschlands haben die Innungsmeister bereits erkannt, daß die übertriebene Lehrlingszucht dem Beruf zum Schaden wird, weil allzuviel effizienzlose Buchbindergehilfen durch Annahme von Schwarzarbeit eine gesunde Preispolitik

im Gewerbe untergraben. Sind doch Fälle bekannt, wo kleine Handwerksmeister seit Jahr und Tag keinen Gehilfen halten, aber drei Lehrlinge zu gleicher Zeit ausbilden. Die ewige Rückfahrmehrmerei gegenüber dem Bund Deutscher Buchbinder-Innungen in bezug auf das Halten von Lehrlingen und dergleichen ist sicher nicht im Interesse des Gewerbes gelegen. Es erscheint angezeigt, bei künftigen Tarifabschlüssen dafür zu sorgen, daß auch die Handwerksmeister in bezug auf die Lehrlingshaltung den tariflichen Bestimmungen unterworfen werden. Genau so gut wie bei den Buchdruckern und anderen Gewerben muß es auch in Kleinbuchbindereien möglich sein. Es ist auch unerträglich, festzustellen, daß vor lauter Rationalisierung die Zahl der Arbeitslosen weiter wächst, und es muß Aufgabe der Gewerkschaften sein, auf Grund dieser Umstände bei künftigen Tarifverhandlungen die Arbeitszeit wesentlich herabzusetzen. Auch ist es angezeigt, das Überfunktentleiten zu erschweren, damit mehr und mehr der Umstand unterbunden wird, daß ein Betrieb weit über das Normale hinaus beschäftigt ist und andere zur Kurzarbeit verurteilt sind. Derartige Reformmaßnahmen sind von der Stärke der gewerkschaftlichen Organisation abhängig. Für die Arbeiterschaft im allgemeinen und für das Buchbinderpersonal im besonderen liegt besonders Anlaß vor, den Unorganisierten den Wert der Organisation plausibel zu machen. In der jetzt angelegten Werbeweche müssen alle Mitglieder ihre Pflicht tun, d. h. Fernstehende der Organisation zuzuführen. Nicht nur Vorstandsmitglieder sind hierzu verpflichtet, sondern alle Mitglieder, weil nur durch ein gemeinsames Handeln auf der ganzen Linie der entsprechende Erfolg verbürgt werden kann. Allen Mitgliedern möge es zum Bewußtsein kommen, daß eine starke Organisation Lebensbedingung für den ganzen Beruf, Stand und jeden Einzelnen ist. B. Sch.

Sozialistische Machtherrschaft im Chemigraphischen, Lithographischen und Steindruckergewerbe

Die deutsche Machtherrschaft gewährt in ihrem Artikel 133 die Vereinigungsfreiheit zur Aushabung und Förderung der Arbeit und der Wirtschaftsbedingungen für jedermann und für alle Berufe. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen, werden von ihr als rechtswidrig erklärt. Der Verband der Lithographen und Stein-drucker scheidet sich in keiner Weise um diese verbürgerte Freiheit für jedermann, sondern zwingt die Berufszugehörigen durch Tarifmonopole unter seine Botmäßigkeit. Ohne jede Einschränkung dient diese Organisation durch systematische Einwirkung auf die Mitglieder dem Sozialismus, und bei politischen Wahlen fordert sie unentwegt die Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels.

Jene Mitglieder, die sich trotz aller Einwirkung in ihrer christlichen Weltanschauung nicht wandern machen ließen, empfinden die Mitgliedschaft in dieser Organisation als schmachvoll, aber angebrochter Fehler hemmt sie, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Die tarifvertragliche Monopolwirtschaft kann nur gebrochen werden, wenn alle christlich gesinnten Lithographen, Stein-drucker, Chemigraphen usw. das sozialistische Joch abwerfen und sich ihrer Bestimmung gemäß der religiös und politisch neutralen Organisation, dem Graphischen Zentralverband, anschließen. Der jeder lauterer Bestimmung, dem Begriff Koalitionsfreiheit höhnsprechende Zustand ist für den rechtlich denkenden Deutschen unwürdig.

Kollege! Bringt den Mut auf, die Überzeugung allem anderen überzuordnen. Mit der Faust in der Tasche kann das protokollierte Unrecht nicht beseitigt werden. Auch ist es nicht angängig, zu warten, bis der Schritt bequem und ohne jegliche Anstrengung vollzogen werden kann. Wer wahrhaft christlich fühlt und denkt und Überzeugung im Herzen trägt, kann nicht stillschweigend zusehen, bis alles dem sozialistischen Terror untergeordnet ist. Oft hört man den Einwand, es geht ums tägliche Brot, um Stellung und Verdienst. Aber, Gott sei Dank, bürgen uns die deutschen Gerichte dafür, daß eine Brotlosmachung, die auf organisiertem Bestimmungsterror beruht, entsprechend geahndet wird. Im übrigen nimmt sich die christliche Organisation, der Graphische Zentralverband, den diesbezüglich Bedrängten in Gewährung von Rechtschutz und Maßregelungsunterstützung an, so daß von einer Schutzlosigkeit nicht gesprochen werden kann. Streift die Mutlosigkeit ab, zeigt dem Gegner, daß Ihr Euch nicht willenlos entziehen laßt! Kämpft zum mindesten im anderen Lager für volle Koalitionsfreiheit, für wahre Freiheit und gegen die Gewissenstraynung. Streift darum, damit die Bahn frei wird, damit sich auch christlich denkende Berufszugehörige entsprechend ihrer Weltanschauung ungehindert christlich organisieren können. Sucht gleichgesinnte Kollegen und Freunde, die mit Euch denken und handeln wollen. Es gibt deren viele, die auf Gemeinsamkeit warten, nach Mitteln suchen und eine wiedererstandene Freiheit begrüßen. Schließt Euch zusammen und protestiert gegen den Gesetz und Moral zuwiderlaufenden Monopolvertrag. Seid Euch aber auch klar, daß die Arbeitgeber der litho- und chemigraphischen Kunstanstalten die

Schuldigen sind, daß es möglich war, nahezu die ganze Gehilfenkraft der roten Gewerkschaft auszuliefern. Der Arbeitgeberverband der Deutschen Offset- und Steindruckereibeber hat erst in diesem Jahre die Aufhebung des im Tarif verankerten Arbeitsnachweises durchgesetzt und erzielt, daß nunmehr die behördlichen Arbeitsnachweise als Facharbeitsnachweise gelten. War doch der bisherige Zustand nichts anderes als ein Monopol für den sozialdemokratischen Verband. Im Reichstarif für das deutsche Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe ist der Arbeitsnachweis immer noch in Händen der Parteien. Dort ist auch in dem berühmten § 16 der strafmonopolistischen Organisationszwang zugunsten des sozialdemokratischen Verbandes der Lithographen und Steindrucker verankert.

Obwohl feststeht, daß unsere Mitglieder aus diesen Berufskreisen, trotz Monopol, in ihrer bisherigen Stellung ungefährdet waren, so ist der Zwangstarif doch dazu angehen, nahezu jegliche Agitation für den christlichen Verband, unsere Organisation, zu unterbinden. Hält man doch dem neuntretenden Lehrling den Monopolstarif unter die Nase und anschließend, wenn notwendig, dem Vater, so daß zwangsläufig die Mitgliedschaft im roten Verband Tatsache wird. Dabei steht fest, daß der Graphische Zentralverband die Förderung des Tarifgedankens als seine vornehmste Aufgabe betrachtet und seine Mitglieder systematisch zur Tarifreue erzieht.

Wenn die Unternehmerverbände unserer Organisation antworten, daß ihrerseits keine Bedenken gegen eine Teilnahme an den Tarifverhandlungen bestehen, aber antizipierend bemerken, daß letzteres von der Zustimmung der bisher alleinigen Arbeitnehmervertragspartei abhängig gemacht werden müßte, so kennzeichnet dieser Standpunkt zur Genüge die gesamte Situation.

Dem Protest gegenüber dem Monopolvertrag zugunsten des sozialdemokratischen Verbandes müssen sich alle christlich und nicht sozialistisch denkenden Berufszugehörigen anschließen, damit auch die maßgebenden Unternehmer zur Einsicht kommen, daß man dem deutschen Kulturvolk derartige gegen Sitte und Moral verstoßende Bestimmungen nicht mehr zumuten kann.

Also Mut! Auf zur Mannesstalt! Wer sich vom Zwang befreien kann, der tue es, er trete über in den Graphischen Zentralverband. Es geht alles, wenn man es will!

Ich selbst habe es praktisch getestet, Bitteres erfahren, aber mich durchgerungen.

Im Grunde genommen wäre es ein dankbares Feld für alle nicht rot eingestellten Volksovertreter, diesem tarifvertraglichen, gesetz- und rechtswidrigen Zustand den Garau zu machen. Drücken sich doch alle juristischen Kapazitäten dahingehend aus, daß leider zurzeit keine gesetzliche Handhabe bestände, derartige Abmachungen zwischen Parteien aufzuheben bzw. unmöglich zu machen, da ihnen nur eine privatrechtliche Form innewohne. Eine Gesetzesmachung durch Allgemeinverbindlichkeit sei ausgeschlossen. Aber ebenso sicher würde all jenen vor öffentlichen Gerichten der Prozeß gemacht, die sich des Bestimmungsterrors unter Hinweis auf Monopolverträge schuldig machen und christlich organisierte Arbeitskollegen aus Lohn und Brot verdrängen.

Die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung in Verbindung mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund kämpft mit uns Schulter an Schulter gegen die monopolistische Tarifvertragspolitik des sozialdemokratischen Verbandes der Lithographen und Steindrucker und verwandten Berufe.

Auf zur befreienden Tat!

E. R.

Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaft sind eins

Unter der Überschrift „Werbewoche“ bringt die „Graphische Presse“, das Organ des sozialdemokratischen Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe“ in Nr. 41 vom 11. Oktober einen interessanten Artikel. Wer es bisher noch nicht wußte, der weiß nun, daß dieser Verband und alle anderen sogenannten „freien“ Verbände ausgesprochene sozialistische Organisationen sind. Den Anlaß dazu bietet eine Werbewoche, die die Sozialdemokratische Partei vom 12. Oktober ab veranstaltet. Hierfür macht die „Graphische Presse“ reichlich Reklame. Sie schreibt dazu u. a.:

„Die freien Gewerkschaften haben politische und religiöse Neutralität in ihren Satzungen festgelegt. Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß die Mitgliedschaft in einer freien Gewerkschaft weder an ein politisches noch religiöses Bekenntnis gebunden ist. Es wird also nicht gefragt, was ein die Aufnahme in eine freie Gewerkschaft nachsuchen der glaubt, oder welcher politischen Richtung er zuneigt. Voraussetzung seiner Aufnahme ist, daß er die Bestimmungen der Satzungen für sich bindend anerkennt und die Beschlüsse der Verbandstage und der Verbandsinstanzen beachtet.“

„Die einzige politische Partei, die sich bisher ohne Einschränkung und ohne Ansprüche in den Dienst der freien Gewerkschaften gestellt hat, ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, kurz SPD, genannt. Bei jedem Ringen der freien Gewerkschaften hat ihnen die SPD treu helfend zur Seite gestanden.

Wo auch die freien Gewerkschaften in Kampffront standen: immer ihnen die SPD hilfreich zur Seite stand. Aus der gleichen Zielsetzung beider ergibt sich von selbst die Einheitslichkeit. Deshalb auch berechtigt das Wort: Partei und Gewerkschaften sind eins. Sind auch die Aufgaben beider Bewegungen verschieden, in ihrem Ziel sind sie eins. Daher das Zusammenwirken im Interesse der Arbeiterklasse, daher das Werben der SPD für die freien Gewerkschaften.“

„Zugleich muß auch das Werben der freien Gewerkschaften für die SPD erfolgen. Die Gemeinsamkeit der Interessen zwingt dazu, auch die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei zu stärken. Dazu bietet sich jetzt besondere Gelegenheit. Am 12. Oktober beginnt eine Werbewoche der Sozialdemokratischen Partei, die der Höhepunkt der Agitation sein soll. Nur im Eigeninteresse handelt jeder Kollege, wenn er auch mitteilt, neue Kämpfer für die SPD zu werben. Den politisch unorganisierten Kollegen aber die Mahnung: Organisiere dich politisch in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

Deutlicher geht es nimmer. Das ist die genannte „Neutralität“. Offen bekennst sich die „Graphische Presse“ zu der Parole „Partei und Gewerkschaft sind eins“.

Und die Leistungen dieser Partei? —

Als 1927 Dr. Brauns die Arbeitszeitnotverordnung schuf, ging ein Sturm der Entrüstung durch die Reihen der Genossen, weil nicht der direkte 8-Stundentag gesetzlich festgelegt wurde. Als aber Wiffell-Severing 1928 im Kampf der Metallarbeiter in „Nordwest“ völlig untätig waren, und Severing später einen Spruch brachte, nach dem die Metallarbeiter nicht 48 Stunden, sondern bis 57 Stunden pro Woche schaffen müssen und im Lohn, trotz vorherigem Schiedsspruch Wiffells, rein gar nichts

Keine Gefahr!

Eine Anzahl Studenten beschäftigt unter der Führung des leitenden Arztes eine Idiotenanstalt. Auf einem Hofe leben sie eine Menge Geistesfranke und nur einen Wärter dabei. „Ist das nicht zu gefährlich“, erkundigt sich einer der Studenten, „kommt es nicht vor, daß die Kranken sich zusammen tun und einen Überfall auf den Wärter organisieren?“

Der Arzt entgegnet lächelnd: „O nein, das trifft nie ein, Schwachsinrige organisieren sich nicht!“

erhielten, da schwiegen alle Klötten. Als unter Dr. Brauns 1927 die Arbeitslosenversicherung geschaffen wurde, witterten die Sozialisten sehr, weil das Gesetz angeblich nicht genügend brachte, — als nun vor kurzer Zeit unter dem Sozialisten Wiffell die Reform der Arbeitslosenversicherung vor sich ging, wurde das damals nicht weit genug gehende Gesetz noch verschlechtert. Und die sozialistischen Gewerkschaften schwiegen, oder glaubten durch große Löhne die Schuld hieran anderen zuschieben zu können.

Die christlichen Arbeiter, die noch in den „freien“ Gewerkschaften organisiert sind, sollten aus diesen Beispielen ihre Lehre ziehen. Wenn sie nicht Sozialisten sein wollen, dann müssen sie den „freien“ Gewerkschaften bald den Rücken kehren. Die klassenkämpferische politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie kann auf wirtschaftlichem Gebiete nie das bringen, wofür die christliche Arbeiterchaft eintritt.

Auf weltanschaulichem Gebiete tritt sie das mit Füßen, was uns heilig ist. Beispiele hierfür sind genügend vorhanden. Wir christlichen Gewerkschafter aber wollen uns das Treiben der „Genossen“ genau ansehen und dafür sorgen, daß einmal die Arbeiterchaft lebend wird und sich nicht länger „Neutralität“ vor-machen läßt. U. R. D.

Unser Verband und das graphische Hilfspersonal

Das Buch- und Steindruckerei-Hilfspersonal ist innerhalb des Graphischen Zentralverbandes gut vertreten. Dem Zentralvorstand gehören drei Mitglieder dieser Berufspartei an. Auch auf der VIII. Verbandsgeneralversammlung in Köln war das graphische Hilfspersonal nennenswert vertreten. Unsere Verbandsleitung hat die Bedeutung des Hilfspersonals für die Organisation stets zu schätzen gewußt, weil es im Produktionsprozeß wertvolle Funktionen ausübt, und seine Mitwirkung bei Arbeitskämpfen im graphischen Gewerbe nicht entbehrt werden kann. Handelt es sich doch hierbei nicht um Hilfskräfte, die beliebige handiangerdienste ausüben, sondern die Mehrzahl von ihnen ist der Kategorie angelernter Arbeiter zuzuzählen. Wird doch bei der Auswahl graphischer Hilfsarbeiter auf deren Fertigkeit und Gewandtheit größter Wert gelegt; denn minderwertige Kräfte sind ungeeignet und werden kurzerhand ab-geschoben. Fordert man doch von ihnen eine mindestens einjährige Beschäftigung, bzw. Lehrzeit, bevor sie tarif-

rechtlich vollqual zur Geltung kommen. Hierzu kommt noch, daß beispielsweise im Buchdruck eine eventuelle Tätigkeit im Alter von 14 bis 16 Jahren nicht zur Lehrzeit zählt, sondern letztere erst mit dem 16. Lebensjahre bewertet wird. Hilfsarbeiter an der Rotationsmaschine, in der Stereotypie, Expedition, sowie Einlegerinnen, haben eine überaus verantwortungsvolle Tätigkeit im Buch- und Steindruck auszuüben.

Für das Buch- und Zeitungsdruckerei-Hilfspersonal besteht nun seit einem Jahrzehnt ein Reichstarif. In den Großstädten überhaupt und in Großfirmen mittlerer und kleinerer Städte haben bereits lange vor dem Kriege Orts- bzw. Firmentarife bestanden. Wenn auch in damaliger Zeit die Arbeitsbedingungen nennenswert dem Gehilfenstarif angepaßt waren, so fehlte doch die einheitliche Linie, und die Bezahlung schwankte stark unter gleichgearteten Städten und Firmen. Durch die Einführung des Reichstarifes mit enger Anlehnung an den Gehilfenstarif ist ein wesentlich besserer Zustand erreicht worden. Die Ruhe im Buchdruckgewerbe in der Nachkriegszeit ist nicht nur durch die Besonnenheit der Gehilfen, sondern auch durch die Bindungen beider Tarife und der Tarifreue der Hilfsarbeiter gestiftet worden.

Das Hilfspersonal im Steindruck entbehrt noch den Reichstarif, weil sich der zuständige Arbeitgeberverband bisher hartnäckig weigerte, und das Steindruckereihilfspersonal an einzelnen Plätzen nicht, wie notwendig, vom gewerkschaftlichen Zusammenschluß Gebrauch machte. In diesem Berufszweig ist der Orts- bzw. Bezirkstarif vorherrschend. Die diesbezüglichen Tarife sind in ihren allgemeinen Bestimmungen vielfach dem Reichstarif für das Druckerei-Hilfspersonal angepaßt, jedoch mit unwichtigen Gruppierungen. Die tarifliche Lohnhöhe ist vielfach mit dem Buchdruckerei-Hilfsarbeiterstarif übereinstimmend, und für einzelne Spezialgruppen wird letzterer nicht selten überschritten. Nach wie vor muß auch hier das Ziel der Reichstarif sein. Etwas mehr Druck auf der ganzen Linie innerhalb dieser Sparte dürfte der Beschleunigung am ersten dienlich sein. Dazu straffte organisatorische Voraussetzungen.

Der Abschluß des Reichstarifes für das Buch- und Zeitungsdruckerei-Hilfspersonal beruht auf sehr guten organisatorischen Voraussetzungen. Das Personal hat rechtzeitig die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erkannt, ist stets bereit gewesen, für seine Rechte einzutreten, und im Ernstfalle wäre nie ein Zweifel über die Anwendung gewerkschaftlicher Machtmittel entstanden. In den letzten Jahren hat der Deutsche Buchdruckerverein ernstlich versucht, das aufgerichtete Tarifgebäude durch Loslösung vom Deutschen Buchdruckerstarif zu erschüttern. Das Hilfspersonal stand aber auf der Wacht, und die Unterhändler der Arbeiterorganisationen haben mit aller Deutlichkeit ausgedrückt, daß das Wollen der Arbeitgeber Kampf auf der ganzen Linie auslösen wird. Die Absicht, an dem Tarif zu rütteln, besteht immer bei einzelnen Prinzipalen, und Scharfmacher in anderen Berufsgruppen sind immer bei der Hand, diese Gedanken zu nähren. Sie werden aber auf Granit stoßen, denn das Buchdruckerei-Hilfspersonal ist auf der Hut und wird derartige Absichten zu durchkreuzen wissen.

Unsere Organisation hat an der Errichtung und dem Ausbau des Reichstarifes tatkräftig mitgewirkt, und sie wird ihren ganzen Stolz darin erblicken, die künftigen Revisionen nicht nur Bestehendes zu halten, sondern auch vorhandene Mängel auszumergen. Es ist vor allen Dingen ungerecht, das Hilfspersonal in den allgemeinen Bestimmungen des Vertrages kürzer zu halten, als die Gehilfen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang nur an die Feriengewährung. Kommende Verhandlungen werden sicher wieder im Unternehmertage die Absichten erkennen lassen, den Reichstarif durch Bezirks- und Firmentarife abzulösen, und deshalb liegt alle Veranlassung vor, auf der Hut zu sein, d. h. die Abwehrkraft durch Stärkung unseres Verbandes zu heben. Sind doch jetzt Werbewochen auf der ganzen Linie angeordnet, und wir erwarten, daß insbesondere unsere Hilfsarbeiterchaft, im ganzen gesehen, jede Gelegenheit ergreift, absetzstehende Kolleginnen und Kollegen mit gleicher Weltanschauung unserem Verbande zuzuführen.

Das gesamte Hilfspersonal ist durch die Gewerkschaftsarbeit zur Achtung und Anerkennung gelangt. Durch die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft hat das Hilfspersonal mitgeholfen, arbeitsrechtliche und sozialpolitische Eroberungen zu machen. Auch für das Hilfspersonal in Buch- und Steindruckereien, als Angehörige eines großen Berufsstandes, ist vieles besser geworden. Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung bieten Schutz in den Wechseljahren des Lebens, Mitbestimmung in den Betrieben durch das Betriebsrätegesetz ist auch für das Hilfspersonal von großer Bedeutung. Soll aber alles dieses bleiben, soll es weiter vervollkommen werden, dann müssen alle Kolleginnen und Kollegen hieran mitarbeiten durch ihre treue und opferfreudige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft. Es darf dann keine Unorganisierten mehr geben, die ernten, wo sie nicht gesät haben. Der Graphische Zentralverband, der 25 Jahre lang die Interessen des Hilfspersonals vertreten hat, wird dies auch in Zukunft tun. Darum stärkt die Reihen, werbt unermüdet für ihn. Das Hilfspersonal muß durch ihn die Lösung wahrnehmen: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ U. R. D.

Ein offenes Wort an die Kollegenschaft der Etuis- und Kartonnagenindustrie

Ganz gewiß werden alle unsere Mitglieder, die in der Etuis- und Kartonnagenindustrie beschäftigt sind, sich schon wiederholt gefragt haben: „Wie kommt es denn, daß ausgerechnet wir so schlecht bezahlt sind? Das hat seine Gründe in besonderen Verhältnissen, auf die wir noch zu sprechen kommen.“

Trotzdem für die Kartonnagenindustrie ein Reichstarifvertrag besteht, liegt der Spitzenlohn eines Facharbeiters 13% unter dem eines Buchbinders, 21% unter dem eines Buchdruckers, 6% unter dem eines Buchdruckerei-Hilfsarbeiters. Dementsprechend ist das Verhältnis auch bei den Kolleginnen. Um einen wirksameren Maßstab zu bieten, führen wir hier die Stundenlöhne direkt an. Der Spitzenlohn einer Kartonnagen-Facharbeiterin beträgt 63,5 ₰ , einer Buchbinderei-Arbeiterin nach dem VDB-Reichstarif 68,5 ₰ , einer Anlegerin 74 ₰ . Besonders stark sind die Unterschiede bei der Hilfsarbeiterkraft. Während ein Kartonnagenhilfsarbeiter einen Spitzenlohn von 80 ₰ hat, bezieht der Druckereihilfsarbeiter einen Lohn von 107 ₰ , bei den Hilfsarbeiterinnen sind die entsprechenden Zahlen 62,5 ₰ und 61 ₰ .

Wenn wir die übertarifliche Verdienstmöglichkeit bei Akkordarbeit noch miteinbeziehen, so muß bemerkt werden, daß diese in der Kartonnagenindustrie auch wesentlich schlechter ist, als in den übrigen papierverarbeitenden Branchen.

Selbst diese schon an und für sich schlechten Tariflöhne werden von der unorganisierten Arbeiterkraft mancher Betriebe noch nicht einmal erreicht.

Für die Etuis- und Feinkartonnagenindustrie existiert kein Reichslohntarif mehr. Nach 10jährigem Bestehen verfiel derselbe vor kurzem der Auflösung, aus Gründen, die durchaus am Arbeitgeberlager zu suchen sind. An diesen Orten werden zwar die Mantelvertragsbestimmungen eingehalten, doch werden die Löhne nach Belieben oder örtlich geregelt. Es liegt auf der Hand, daß infolge dieser Verhältnisse die Löhne in der Etuis- und Feinkartonnagenindustrie durchweg sehr ungünstig sind. Es sei hierfür nur ein Beispiel angeführt. In der ca. 40.000 Einwohner zählenden Stadt Wörthheim betrug der Spitzenlohn eines männlichen Facharbeiters (verheiratet und über 24 Jahre alt) noch vor etlichen Wochen 72 ₰ . (Durch eine Lohnbewegung inzwischen überholt.) Nach den Sätzen des Kartonnagen-Reichstarifs müßte derselbe auf 93,5 ₰ stehen. Dieses Beispiel einer, eines Facharbeiters unwürdigen Entlohnung ließe sich beliebig vermehren. Auch in bezug auf Ferien, Feiertagsbezahlung und verschiedene allgemeine Bestimmungen ist die Etuis- und Kartonnagenarbeiterkraft wesentlich schlechter gestellt, als die übrige Kollegenschaft.

In einigen kurzen Strichen sei damit der Unterschied in der materiellen Lage der Etuis- und Kartonnagenarbeiterkraft gegenüber ähnlichen Branchen gekennzeichnet. Man möchte fast wünschen, daß die Gegenüberstellung obiger Zahlen einen gesunden Reiz erwecken. Damit aber auch die einzig nötige Schlussfolgerung.

Dies alles wurden niedergeschrieben, um Vergleiche anzuregen! Zahlen haben bekanntlich vor allem Vergleichswert. Der Vergleich soll dazu dienen, in der beteiligten Arbeitnehmerkraft die Frage wachzurufen: Warum ist das so, warum sind wir so schlecht bezahlt? Wozu das so sein und bleiben? Wir wollen die Antwort gleich vorweg geben und erläutern: Nein, auch die Kartonnagen- und Etuisarbeiterkraft hat ein Recht auf menschenwürdige Entlohnung! Jeder Einsichtige weiß, daß die Schuld an den schlechten Lohnverhältnissen bei der Etuis- und Kartonnagenarbeiterkraft selbst liegt, weil sie schlecht organisiert ist. Dafür werden die verschiedensten Gründe angeführt.

Ein großer Teil der Etuis- und Kartonnagenbetriebe befindet sich in der Provinz und bezieht sein Personal vielfach vom Lande. Daß diese Leute infolge ihrer ganzen Einstellung sehr schwer für die Gewerkschaft zu erreichen sind, ist einerseits begrifflich. Andererseits ist aber gerade die Gewinnung dieser Leute für die Tarifpolitik von ausschlaggebender Bedeutung. Ein weiterer schwerwiegender Umstand ist der starke Wechsel im Arbeitspersonal. Der größte Teil derselben besteht aus jungen Mädchen, diese gehen erfahrungsgemäß nur einige Jahre in den Betrieb, heiraten und bleiben aus den verschiedensten Gründen vom Beruf weg. Für gewerkschaftliche Aktionen sind sie in der Regel überhaupt nicht zu haben, da sie nach Geschäftsschluß oft dabeim noch in Haus und Feld arbeiten müssen. Kaum bei Lohnbewegungen ist das Interesse dieser Leute zu wecken und es wird diese Angelegenheit dauernd ein schwer zu lösendes Problem für die Gewerkschaften bleiben.

Eine besonders gewerkschaftsfeindliche Einstellung der Kartonnagen- und Etuis-Unternehmer trägt sein übriges dazu bei, die Leute von der Gewerkschaft fernzuhalten. Es sei hier verwiesen auf den Artikel: „Kartonnagenzeitung und ihr Weg zum Arbeitsfrieden“ in Nummer 19 unseres Verbandsorgans, wo der Einsender in trefflicher Weise einige Methoden dieser Herren in helles Licht rückt.

Wir haben also festgestellt, daß die Etuis- und Kartonnagenarbeiterkraft in keiner Weise entsprechend der übrigen Kollegenschaft entlohnt ist. Dieser Umstand ist durch nichts gerechtfertigt! Wir müssen ferner feststellen, daß dieselbe Arbeitnehmerkraft durch die gerade in dieser Industrie stark vorgeschrittene Rationalisierung mehr und mehr ausgenutzt wird, daß ihr der dafür gebührende Anteil am Mehrgewinn vorenthalten wird.

Was ist dagegen zu tun? Die Antwort weiß jeder Organisierte und jeder Unorganisierte. Nur wollen die letzteren die Konsequenzen nicht ziehen. Aus den verschiedensten, zu 99% nichtsagenden Gründen bleiben sie der Organisation fern und schädigen damit sich selbst und ihre ganze Mitkollegenschaft aufs schwerste. Betrachten wir die Unternehmer, sie sind restlos organisiert und wenden ihre Macht im gegebenen Falle rücksichtslos an. Auch uns kann nur helfen, strengster gewerkschaftlicher Zusammenschluß. Allen Schwierigkeiten zum Trotz haben wir Organisierte die Ge-

Wir Kolleginnen und der Graphische Zentralverband

Die VIII. Generalversammlung unseres Verbandes, der Reichsjugendtag in Köln, diese beiden so über alles Erwarten schön und lehrreich verlaufenen Tagungen waren auch für uns Kolleginnen von großer Bedeutung. Wer Gelegenheit hatte, einer dieser Veranstaltungen anzuwohnen, war hingerissen von der Begeisterung, die ganz besonders beim Reichsjugendtag herrschte. Froh und feierlich ward jedem zu Mute, der die Versprechungen und Treuechwüre bei der großen Kundgebung miterlebte. Da erkannten wir alle, daß unsere christlichen Gewerkschaften auf gutem Grunde wurzeln, daß wir eine großartige Entwicklung noch vor uns haben.

Für uns Kolleginnen war besonders die VIII. Generalversammlung bedeutungsvoll. Wie wurden doch gerade unsere Interessen so stark vertreten! Aber nicht nur das. Es wurde uns noch selten so klar gezeigt, unter welchen Mühen und Opfern unser Verband groß wurde.

Ein Vierteljahrhundert besteht nun der Graphische Zentralverband. Das bedeutet ein Vierteljahrhundert Mühe und Arbeit und Kampf. Denken wir doch immer daran, wie schwer es unseren Gründern gemacht wurde, wie sich der Kampf gegen sie sogar bis zur Freiheitsberaubung steigerte. Denken wir daran, wie in der Zeit des Weltkrieges die Führer im Felde standen, Ortsgruppenvorstände und Mitglieder nacheinander eingezogen wurden! Trotzdem arbeiteten die Dahingeblichenen mutig weiter, und so konnte das Werk einer neuen Blüte entgegengehen. Heute können wir, dank all der nimmermüden Vorkämpfer, sagen: der Graphische Zentralverband steht fest!

Da sollen nun auch wir Kolleginnen endlich einmal einsehen, was wir alles schon unserem Verbands danken haben. Denken wir an jene Zeiten zurück, da wir noch schüchtern den Arbeitgebern gegenüberstanden, da besonders wir Arbeiterinnen oft genug Spielball ihrer Launen waren, als man uns nach Gutdünken entlohnte! Wem verdanken wir die Verbesserungen, wenn den Schutz in den Betrieben? Unserm Verbands, denn er schuf die Tarife, er sorgt für die Durchführung der Bestimmungen. — Was können wir außerdem nicht alles lernen durch den Verband, durch unsere Zeitschriften, in den Versammlungen! Gerade die Versammlungen sind doch so lehrreich. — Du bist Hausfrau oder müßt es werden, wie wertvoll sind dir da die Kenntnisse über wirtschaftliche Fragen. Oder du bleibst im Berufsleben, du wirst einmal Anwalde — wie gut ist es da, wenn du dich auf dem Gebiete der sozialen Verhältnisse auskennst. Hierüber und über vieles andere kannst du dir gute Lehren sammeln, wenn du dich regem an Versammlungen beteiligst.

Nicht zuletzt sei es gesagt, außer den ernsten Arbeiten erleben wir auch frohe und gemütlige Stunden. Einmal ist es ein Sommerfest oder ein Stiftungsfest, wo du schöne Abende erleben kannst. Jetzt rüsten wir bald wieder zum hl. Weihnachtsfest. Wie schön ist es da im Kreise der großen Verbandsfamilie, man fühlt sich wohl, man ist dabeim. Hier, im kollegialen Verkehr mit Gleichgesinnten halt man sich wieder Freude am Berufsleben.

Wie viele unserer Kolleginnen sind es aber, die unserem Verbands noch fernstehen? Ist es da nicht unsere heilige Pflicht, daß wir schon aus Dankbarkeit all die noch fernstehenden Schwestern dem Verbands zuführen? Wir selbst können sie am besten überzeugen, können viel leichter auf die Kolleginnen einwirken als die Kollegen. Vor allem müssen wir ein gutes Beispiel geben, eifrige Mitglieder sein und uns in allen Fragen schulen. So zeigen wir unseren Führern, daß wir wissen, was wir ihnen schulden. Wir beweisen aber auch unseren Arbeitgebern, daß wir alle hinter den Forderungen unserer Führer stehen.

Darum wollen wir uns aufraffen, unsere Pflicht erkennen und tätig mitarbeiten. Tragen wir doch die feste Überzeugung in uns, daß die christliche Gewerkschaft, der Graphische Zentralverband, unsere beste Hilfe und Stütze ist. Darum muß unser Ziel sein: Unter allen Umständen die unorganisierten Kolleginnen unserem Verbands zuführen! Die falschorganisierten Kolleginnen wollen wir aufklären, wollen sie belehren und ihnen helfen, wenn man ihnen beim Übertritt Schwierigkeiten machen will. Helfen wir so selbst mit, uns emporguringen, damit auch wir Kolleginnen im Betrieb und im Verband mit Hochachtung angesehen werden. Mit gutem Mut und festem Willen an die Arbeit, denn der Wille ist es, der die Tat schafft. Jede Kollegin muß sich vornehmen, mindestens noch eine unorganisierte aufzunehmen. Sie muß dieselbe betreuen und zu einem tüchtigen Mitglied erziehen helfen. Wir können das und wir wollen es tun.

Immer nur sprechen vom Rechten
Ist Art von Knechten,
Stumm trotten im Kreise der Pflichten
Ist Art von Wächtern.
Seinen Pflichten freudig sich weihen
Ist Art der Treuen. M. A.

Zu gefährlich!

Zwei fahren über Land, mit Roß und Wagen. Während das Gespann schwerfällig dahinzieht, sucht der Wagenlenker Zerküftung. Er sucht allerlei Ziele für seine Peitsche. Zuerst haut er einer Eidechse am Wege den Schwanz ab. Dann schlägt er einen Maulwurf auf die Nase, der eben am Wegrand seinen Hügel aufwirft. Nun entdecken die beiden Landsfahrer in den überhängenden Ästen eines Baumes einen summenden Dieneschwarm. „Hau zu!“ ruft der Eine. Der Wagenführer aber hält bedächtig die Peitsche an sich und meint: „Lieber nicht — die Bande ist organisiert!“

wissenspflicht: Unablässig zu arbeiten und einzuwirken auf jeden Einzelnen der Organisation noch ferne Stehenden. Man muß die Kollegenschaft immer wieder auf die Schäden aufmerksam machen, die sie sich selbst zufügen. Es ist in den meisten Fällen ein Leichtes, dergartiges festzustellen. Eine Kollegin z. B., die das ganze Jahr hindurch einige Mark an Verbandsbeiträgen sparen zu müssen glaubt, schenkt unter Umständen ihrem Arbeitgeber mehrere 100 RM. an zu wenig erhaltenem Lohn. Durch geeignete Werbemaßnahmen, an deren erste Stelle die vielfach bewährte Hausagitation zu setzen ist, muß an allen Orten Aufklärungsarbeit geleistet werden. Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute, aber auch alle Mitglieder müssen zusammenwirken, um das besonders in der Kartonnagen- und Etuisarbeiterkraft so notwendige Verständnis für die Gewerkschaft zu wecken und zu fördern.

Durch intensive Zusammenarbeit wird und muß es gelingen, die entsprechenden Erfolge zu erzielen, wie das ein beachtlicher Fortschritt aus neuester Zeit an einem bedeutenden Kartonnagenort beweist. Wir müssen nur ernstlich wollen, dann geht es bestimmt.

Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Etuis- und Kartonnagenindustrie, raffen wir uns doch auf zur Selbstbestimmung! Nur der gewerkschaftliche Zusammenschluß kann uns Besserung bringen, kann uns befreien aus der unwürdigen Lage. Wer wollte da zur Seite stehen, wer wollte da nicht mithelfen an der Hebung des eigenen Standes! Bergeht besonders die Jugend nicht, sie wird bei richtiger Beeinflussung unschwer für unsere Ideale zu gewinnen sein. Jedes einzelne Mitglied sei in den kommenden Wochen ein begeisterter Werber für unsere große Sache und rufe nicht eher, bis es nicht mindestens ein Mitglied dem Verbands gewonnen hat.

Sollen wir Kartonnagen- und Etuisarbeiter und -arbeiterinnen immer die letzten sein? Nein, auch wir wollen Platz an der Sonne! Darum sei Lösung jetzt, nicht nur mit Worten, auch mit der Tat: Auf zur Werbearbeit für unseren Graphischen Zentralverband. Martin Steinhardt.

Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Die neuen Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung. Die Änderungen in der Arbeitslosenversicherung, die am 3. Oktober vom Reichstag beschlossen wurden, dürften niemanden völlig befriedigen. Von einer Beitragserhöhung ist zwar abgesehen worden, doch dürfte diese Frage bei der kommenden Finanz- und Steuerreform aufs neue aufgerollt werden. Zweifellos sind durch die Reform die Möglichkeiten zum Mißbrauch des Gesetzes verringert worden. Unterstützungsberechtigt soll nur sein, „wer berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegt, aber vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht und auch nicht den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt und Gewerbetreibender erwirbt, oder durch Fortführung eines vorhandenen Betriebes erwerben kann, oder im Betriebe des Ehegatten, der Eltern usw. den gemeinsamen Lebensunterhalt miternährt oder erwerben kann, falls das Beteiligten nahe Lage der Verhältnisse billigerweise zugunsten werden kann.“ Was die Praxis aus dieser biegsamen Bestimmung macht und machen kann, bleibt abzuwarten. Weiter werden Personen mit geringfügiger und unständiger Beschäftigung (weniger als 24 Wochenstunden) nicht in die Versicherung mit einbezogen. Die Heimarbeit kann auf dem Verwaltungswege von der Versicherungspflicht befreit, oder es können im Bedarfsfalle von den sonstigen Bestimmungen des Gesetzes abweichende Regelungen getroffen werden. Für die in der Landwirtschaft Beschäftigten sind verschärfte Sonderbestimmungen getroffen worden. Für bestellte Arbeitsstellen ist der Meldezwang eingeführt worden. Die Sperrfrist, die bisher allgemein vier Wochen dauerte, kann in Zukunft in besonderen Fällen auf acht Wochen verlängert werden. Die Strafbestimmungen für Arbeitgeber, die wesentlich falsche Angaben machen, sind verschärfte worden. Die Berechnung der Unterstützungen erfolgt nicht mehr wie bisher auf Grund des Durchschnittsverdienstes der letzten drei, sondern der letzten sechs Monate. In besonderen Fällen (beispielsweise Saisonarbeiter) soll das Lohnniveau des Wohnortes für die Höhe der Unterstützung zugrunde gelegt werden. Die Saisonermäßigungen erhalten die Höhe der Krisenfürsorge, wobei für die Versicherten der unteren sechs Lohnklassen überhaupt keine Veränderungen eintreten. Bei der ersten Erwerblosigkeit soll Unterstützung erst dann gewährt werden, wenn innerhalb der letzten zwei Jahre ein volles Jahr Arbeit geleistet wurde. Für spätere Unterstützungsfälle genügt der Nachweis einer halbjährigen Arbeit. Die Wartezeit für alleinstehende, noch nicht 21 Jahre alte, in einer häuslichen Gemeinschaft lebende Erwerbslose, ist auf 14 Tage verlängert worden. Bei den übrigen Arbeitslosen beträgt die Wartezeit bis zu drei aufschlagsberechtigten Angehörigen sieben Tage, und bei Arbeitslosen mit vier und mehr aufschlagsberechtigten Angehörigen drei Tage. Sozialrenten werden nur dann in Anrechnung gebracht, wenn sie den Betrag von 30 RM. im Monat übersteigen. Kriegsbeschädigtenrenten werden nicht angerechnet.

Eine wichtige Bestimmung für die Zulassung ausländischer Arbeiter. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat an die Arbeitsämter und Landesarbeitsämter ein Rundschreiben in der Frage der Zulassung ausländischer Arbeiter gerichtet, das weite Beachtung verdient. Die Arbeitsvermittlung soll, soweit ein Tarifvertrag besteht, und für den Vermittlungsfall gilt, nur zu tariflich zulässigen Bedingungen erfolgen. Entsprechend ist auch bei der Durchführung der Vermittlung ausländischer Arbeiter zu verfahren. Die Beschäftigungsgenehmigung für ausländische Arbeiter ist zu verjagen, wenn ihre Entlohnung zu untariflichen Löhnen erfolgen soll. Das gleiche gilt für den Fall, daß ein Betrieb einheimischen Arbeitern den Tariflohn verweigert, ihn aber an ausländische Arbeitskräfte zahlen will.

Änderung der Entschädigung der Beifahrer bei den Arbeitsgerichtsbehörden und der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen. Die Tarifänderung der Reichsbahn für die Personalfahrpreise vom 7. August 1928 hat einschneidende Änderungen in der Benutzung der Eisenbahn hervorgerufen. Bisher erhielten die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeifahrer der Arbeitsgerichtsbehörden, ebenso wie die Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen nur die Fahrkosten für die dritte Wagenklasse erstattet. Nach mehreren Verhandlungen hat sich nunmehr der Reichsrat damit einverstanden erklärt, eine Änderung hinsichtlich der Fahrlosterstattung eintreten zu lassen. Durch eine Verordnung vom 24. September 1929 wird festgelegt, daß nunmehr die Beifahrer der Arbeitsgerichtsbehörden die wirklich erwachsenen Ausgaben bei Eisenbahnen, Kleinbahnen und Schiffen höchstens den Fahrpreis der 2. Wagenklasse bei Personenzügen oder der 1. Schiffsklasse erstattet erhalten. Daneben können noch Zuschläge erstattet werden für die Benutzung eines Sitzes oder Schnellzuges, wenn die Mehrkosten der Benutzung durch eine Minderausgabe an Entschädigung für Verdienstaussfall, Aufwandsentschädigung oder Übermachtungsgelder ausgeglichen

werden. Diese Bestimmungen gelten gleichlautend auch für die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen. Die Verordnung ist mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft getreten.

Bevorstehende Mieterhöhung. Durch die Presse geht eine Notiz, daß Staatssekretär Scheidt auf der Schlesischen Siedlungs- und Heimstättenwoche in Breslau erklärt habe, das Wohlfahrtsministerium plane eine wesentliche Erhöhung der Mietmieten. Die Zeitungen reden davon, daß die gesetzliche Miete von 120% auf 140% der Friedensmiete erhöht werden soll. Wir haben uns an zuständiger Stelle erkundigt. Man ist zwar der Auffassung, daß eine Annäherung der Alt- und Neubaumieten erfolgen müsse, da diese Mietunterschiede auf die Dauer untragbar seien. Man hat aber weder den Zeitpunkt der Erhöhung ins Auge gefaßt, noch sich auf einen Satz festgelegt.

Es ist richtig, daß die Mietunterschiede auf die Dauer untragbar sind. Aber man sollte den Ausgleich nicht nur durch eine Erhöhung der Altmieten herbeiführen, sondern auf eine Senkung der Neubaumieten bedacht sein. Auf welche Weise das geschehen kann, ist schon oft genug angedeutet worden. Aber selbst, wenn die Mieten in den Altmietwohnungen erhöht würden, wäre der Sprung von 120 auf 140% entschieden zu hoch. Außerdem müßte auch festgelegt werden, was mit den 20% Mieterhöhung geschehen soll. Würden sie den Hausbesitzern zufließen, so würde dies eine ungerechtfertigte Maßnahme sein, weil heute die Hausbesitzer mit den Mietereinnahmen nicht nur ihre Ausgaben befreiten, sondern schon wieder Rücklagen machen können. Jedenfalls muß darauf bestanden werden, daß jede Mieterhöhung dem Wohnungsbau zugeführt wird, damit endlich einmal die Wohnungsnot fühlbar gelindert werden kann. Zudem ist es nicht Sache des Wohlfahrtsministeriums allein, die Mieten festzu-

Wißt du . . .

Wißt du Rechte, hast du Pflichten!
Forderungen gibst mit Nichten!
Reife Frucht vom Baume schütteln,
heißt: zuvor die Glieder rütteln!

Wißt du ernten, mußt du säen!
Nach dem Kampfe die Trophäen!
Auf der Bärenhaut zu liegen,
heißt: sich auch mit Gras begnügen!

Will Ehrlich

legen. Es müßte ein Beschluß des Staatsministeriums erfolgen und, falls es sich um eine Änderung der Hauszinssteuer handelt, müßte sogar der Preussische Landtag diese Gesetzesänderung vornehmen. Eine Mieterhöhung kann auch nur dann vorgenommen werden, wenn eine Erhöhung der Löhne und Gehälter folgt. Die Beamten interessiert eine Mieterhöhung weniger, denn mit dem Augenblick, wo die Miete erhöht wird, erhalten sie in Form von Wohnungsgeldern den Ausgleich. Aber wo bleiben die Arbeiter, Angestellten, die Kleinrentner, Kriegsbeschädigten, Arbeitslosen usw.? Jedenfalls muß man sich darüber klar sein, daß ein Ausgleich geschaffen werden muß, soll sich die Lage weiter Bevölkerungsschichten nicht noch mehr verschlechtern. Das letzte Wort über die Mieterhöhung wird deshalb noch nicht gesprochen sein.

Allgemeine Rundschau

Gegen die Überfeyerung des Berechtigtenwesens. Unter dieser Überschrift veröffentlicht der Stadt-Anzeiger für Köln (355/1929) eine Reihe von Äußerungen, die weitest Verbreitung verdienen. Oberstudiendirektor Dr. Limper schreibt: „Das heutige Berechtigtenwesen gereicht der höheren Schule nicht zum Segen. Die äußere Blüte, die sich in der gesteigerten Besucherzahl ausdrückt, kann nur den fernstehenden täuschen. Wer tiefer sieht, erkennt leicht die großen Gefahren, die mit dem gewaltigen Schülerzufluß verbunden sind — einem Zustrom, der nur dann berechtigt wäre, wenn wir uns in rascher Entwicklung zu einem Hundertmillionenvolke befänden.“ Das Kölner Berufsamt erklärt: „Für Mädchen liegen die Dinge im allgemeinen noch schlimmer als für die Knaben. Wenn nicht in einigen Jahren die Verminderung des Lehrlingsangebotes von selbst eine Herabsetzung der Ansprüche bewirkt, sind für den Arbeitsmarkt große Gefahren zu erwarten.“ Die Kölner Industrie- und Handelskammer sagt: „Die jungen Leute werden mit einem mühsam aufgepfropften Wissensstoff belastet, für den sie im späteren Leben keine Verwendungsmöglichkeit haben. Vielfach wird dadurch ein äußerer Bildungszug gezeugt, der nicht durch persönliche Leistungsfähigkeit gerechtfertigt ist, aber die Auslese der Tüchtigen beeinträchtigt.“ Insbesondere muß auch die öffentliche Einschätzung wieder mehr Wert auf die persönliche und praktische Leistung, statt auf schulmäßige

Nachweise legen.“ Die Kölner Handwerkskammer schreibt: „Eine höhere Schulbildung ist für den Handwerkerlehrling kein Vorteil, sondern ein Nachteil. Der Lehrling mit dem Einjährigen“ ist meist nicht mehr zu gebrauchen.“ Die christlichen Gewerkschaften Kölns äußern sich: „Die Ausbildung des industriellen und gewerblichen Nachwuchses hat sich auf die allseitige und umfassende berufliche Ausbildung zu beschränken. Bei der heute geübten Art werden auf die Dauer so gut wie alle Volksschüler von jedem Aufstieg in der Wirtschaft ausgeschlossen. Die heutige Entwicklung in der Überfeyerung der Berechtigtenansprüche führt dazu, daß die Volksschule zur Armelehre herabgewürdigt wird. Schon der heute erreichte Zustand ist für die arbeitende Bevölkerung kaum mehr erträglich und muß möglichst bald geändert werden.“

Die Brandenburgische Provinzialsynode zur Sozialpolitik. Die in Berlin tagende Brandenburgische Provinzialsynode, die größte evangelische Körperschaft dieser Art in Deutschland, beschloß in ihrer Sitzung einstimmig folgende Kundgebung zur Sozialpolitik:

„Angesichts der zur Zeit im Gange befindlichen Reformbestrebungen in der sozialen Gesetzgebung sieht sich die Provinzialsynode veranlaßt, ausdrücklich zu erklären: Die deutsche Sozialgesetzgebung, herausgeboren aus christlichem und sozialem Geist, ist ein brauchbares Mittel, die Schäden der modernen Wirtschaftsweise wirksam zu mildern und die gleichberechtigte Einordnung der Arbeitnehmerschaft in Staat und Volk zu sichern. Die Provinzialsynode begreift alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Selbstverantwortung des einzelnen zu stärken oder ungerechtfertigte Ausnutzung abzuwehren. Sie bittet alle in Gesetzgebung und Verwaltung tätigen christlichen Persönlichkeiten, eine so geartete Sozialpolitik nach Kräften zu fördern.“

Verbraucher gegen Zündholz-Monopol. Die Sitzung der Geschäftsführer der rheinischen und westfälischen Konsumgenossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V. Köln nahm zum Zündholz-Monopol folgende Entscheidung an:

„Nach Mitteilung der Reichsregierung in der Tagespresse ist beabsichtigt, gegen Dargabe einer Anleihe von fünf und dert Millionen Reichsmark durch den Schwedischen Zündholztrust ein Zündholz-Monopol in Deutschland zu errichten. Gegen dieses Vorhaben erhebt die Sitzung im Namen der im Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V. zusammengeschlossenen Verbraucher scharfsten Protest. Die mit der Errichtung des Monopols vorgesehene Erhöhung der Verkaufspreise für Zündhölzer von 25 auf 35 Pfennig pro Paket bedeutet eine Verteuerung von 40%, eine Erhöhung, die die breiten Verbraucherschichten wieder stark belastet. Da der Schwedentrust heute schon 70% der Zündholzerstellung in Deutschland hat, wird dieser Mehrpreis auch zum größten Teil dem Schwedentrust zufließen. Es muß dem Deutschen Reiche möglich sein, auf andere Art eine Anleihe aufzunehmen, ohne daß dabei die breiten Verbraucherschichten verurteilt werden. 50 Jahre lang einen um 40%, und vielleicht noch mehr überhöhten Preis für ihren Zündholzbedarf zu bezahlen.“

Die Sitzung fordert den Deutschen Reichstag auf, der Errichtung eines Zündholzmonopols seine Zustimmung zu versagen.“

Merkwürdig! Im Jahre 1927 betrug der gesamte Aufwand der Versicherungssträger für die Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftliche Pensionsversicherung 3 657,1 Millionen RM. Mit diesen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgebracht Geldern wurde die ärgste Not weiter Volkstreife gelindert. Die Summe, die das deutsche Volk im gleichen Jahre für Bier ausgegeben hat, war noch etwas höher. Ja, es wurden für Alkohol insgesamt 4 700,0 Millionen Reichsmark ausgegeben. Trotzdem dadurch Volksgesundheit geschädigt und Not geschaffen wurde, wird dagegen nichts getan und unternommen. Die gegenwärtig wirkende Sozialversicherung aber muß sich schärfste Kritik gefallen lassen, die das Ziel verfolgt, sie gänzlich abzuschaffen. Diese, vom gesunden Menschenverstand aus betrachtet, zum mindesten merkwürdige Tatsache, gibt zu denken und berechtigt zu dem Schluß, daß es etwas nicht ganz stimmen kann.

Kommunisten als Arbeitgeber. Manchesterleute und Kommunisten sind aus dem gleichen Holze geschnitten. Nur daß die einen die Macht bereits besitzen und sie mißbrauchen, während die anderen nach der Macht streben, um den gleichen Mißbrauch damit treiben zu können. Wo sie die Macht „eroberten“, übertreffen die Kommunisten ihre kapitalistischen Gefinnungsgenossen um ein Vielfaches. So streifte die Belegschaft der kommunalistischen „Bergischen Arbeiterstimmen“, weil sie in der rigorossten Weise rationalisierte. Es wurde beispielsweise ein alter Arbeiter, der bereits 17 Jahre bei der Firma beschäftigt war, vor die Türe gesetzt, weil er „veraltet“ sei. Aber nicht nur wurden ohne soziale Verständnis Entlassungen vorgenommen, sondern man belästigt die Arbeitsleistungen der Arbeiter mit den raffiniertesten Mitteln, um das höchstmögliche aus ihnen herauszupressen. Die Betanmachtung „An unsere Leser“, die die Zeitung bei Beginn des Streifes herausgab, wirkte wie eine Proteste. Kapitalismus in Reinkultur. Der sonstige Inhalt der Zeitung wackelt über Kommunismus. Was im Grunde ein und daselbe ist.

6. Verbandstag des Zentralverbandes der Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter. Vom 6. bis 8. Oktober fand in Koblenz der 6. Verbandstag des Zentralverbandes der Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiterverbandes statt, die von dem Vorsitzenden Christian Schmitz (Düsseldorf) geleitet wurde. Bernhard Otte sprach über den Kampf um die deutsche Sozialgesetzgebung. Die stärkste antisoziale Mauer bestände in einer immer mehr um sich greifenden antisozialen Gesinnung. Schmitz wies darauf hin, daß man in bezug auf die Aufrechterhaltung der Sonntagsruhe und des Verbotes der Nachtarbeit feinerer Konzessionen machen dürfe. Nach Erstattung der Geschäfts- und Kassenberichte, aus denen hervorgeht, daß der Verband von 7896 Mitgliedern im Jahre 1926 auf 9088 Mitglieder im Jahre 1929 angewachsen ist, wies Redakteur Fritz Holler auf die organisatorischen Möglichkeiten und Schwierigkeiten hin. In bezug auf die Grenzfähigkeiten mit dem christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverband wurde eine Entschleunigung angenommen, die den Gesamtverband ersucht, eine Regelung der Verhältnisse herbeizuführen. Albert Bosh sprach am dritten Tage über: „Werttätige Jugend und Aufstieg des Arbeiterstandes“. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Er besteht aus elf Mitgliedern, denen ein Ausschuss von acht Mitgliedern zur Seite steht. In mehreren Entschleunigungen wird die Erhaltung des Nachtbadverbotes und der Sonntagsruhe im Bad- und Konditorengewerbe gefordert, und gegen die Lehrlingskürzerei im Bad- und Fleischerhandwerk energische Maßnahmen verlangt.

sprechende Anerkennungsgeschenke erhalten werden. Wir wollen auch die Namen der Betreffenden hier veröffentlichen. Daher — arbeitet, meldet die Erfolge euren Zugendführer! Es soll uns ein ganz besonderes Vergnügen sein, wenn wir möglichst viele Namen veröffentlichen können. Wir wissen, daß jeder auch ohne dies an die Arbeit herangeht, daß es dieser Versprechungen nicht bedarf. Aber unsere Jungen, die was besonderes leisten, die sollen auch eine Anerkennung haben. Und nun an die Arbeit! Bis Mitte Dezember sollen alle Meldungen in Köln sein. So daß auf Weihnachten das Ergebnis bekannt ist. Das soll die Weihnachtsgabe der Jugend an den Verband sein, „eine große Zahl neuer Mitglieder, gewonnen von der Jugend“. Wer macht mit?
J. K.

Aus den Berufen

Berufsausbildungsmöglichkeiten im Lithographie-Gewerbe

Wer heute ein brauchbares Glied in seinem Gewerbe sein will, wer in seinem Berufe über den Durchschnitt hinausragen will, der muß sich Fachkenntnisse aneignen suchen mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote stehen. Nur dann wird es ihm möglich sein, gute Stellen zu erlangen oder zu behalten, das um so mehr, als die technischen Neuerungen der Handarbeit heute immer mehr Arbeitsgebiete entziehen. Auch im Lithographiegewerbe ist dies in starkem Maße der Fall. Darum soll im Folgenden auf einige Mittel hingewiesen werden, die mit zur Weiterbildung, zur Aneignung sachlichen Könnens dorthin führen können.

Schon dem Lehrling wird während seiner Ausbildung eine Möglichkeit geboten, sich heranzubilden, die er nicht unterlassen und vernachlässigen darf. Es ist die gewerbliche Fortbildungsschule, die heute größere Bedeutung gewonnen hat. Vor noch nicht langer Zeit wurde der Fortbildungsunterricht fast ausschließlich von Lehrern nebenamtlich in den späten Abendstunden erteilt. Heute sind fast überall Fachlehrer hauptamtlich in diesen Schulen tätig. Die Unterrichtsstunden sind am Tage, so daß die Aufnahmefähigkeit und seelische Spannkraft des Lehrlings noch nicht durch die Tagesarbeit erschöpft ist. So ist der Unterricht viel mehr geeignet, die Betriebsausbildung zu ergänzen und zu vertiefen.

Nach beendeter Lehrzeit wird der junge Gehilfe gewöhnlich Unterricht suchen in einem anderen, wenn möglich in einem größeren Betriebe. Dieser Wechsel bedeutet eine sehr gute Berufsausbildung. Gerade das Arbeiter in verschiedenen Firmen vermittelt eine gediegene und vielseitige Ausbildung. Jeder Gehilfe müßte eigentlich mehrere Male in der Stellung wechseln, wenn ihn nicht ganz besonders günstige Umstände in einer Firma zurückhalten. Hierzu möchte ich erwähnen, daß es in unserem Berufe weniger empfehlenswert ist, auf Wanderschaft Arbeit zu suchen. Die Aussichten sind gering, da ja sehr wenig Anstalten da sind, im Verhältnis zu anderen Branchen. Dann aber auch, weil ein längeres Aussehen im Berufe Nachteile bringen kann in bezug auf saubere und schwierig auszuführende Arbeiten.

Ein großer Vorteil für den Gehilfen wird es sein, wenn er in einer Stadt mit Kunstgewerbeschule Beschäftigung finden kann. Es ist ja nicht allen möglich, Zeit und Geld für den vollen Besuch einer solchen Schule zu erübrigen, sie könnten dann aber wenigstens die Abendkurse besuchen. Wenn man von Berufsausbildungsmöglichkeiten im Lithographie-Gewerbe spricht, dann muß die Kunstgewerbeschule wohl mit als eine Hauptmöglichkeit genannt werden. Hier kann der Gehilfe, der vielleicht bisher nur kopiert hat, nach eigenen Ideen zeichnen und entwerfen, und unter der Anleitung der Lehrer sich zu gutem Stil heranzubilden. Andere, die vielleicht nur einseitig ausgebildet waren in einer Manier, können sich hier in anderen Manieren versuchen. Sie werden es auch bald unter guter Anleitung und im gegenseitigen Meinungsaustausch mit den Mitschülern zu beachtlicher Leistung bringen; zumal da die Grundlage für alle Manieren, die ruhige, sichere Hand, vorhanden ist. In der Kunstgewerbeschule, wo ihm Vielseitigkeit geboten wird, findet der Schüler am ersten das heraus, was ihm am besten liegt und wozu er am meisten Neigung hat. Er kann sich hier für ein Spezialgebiet ausbilden. Es sollte also kein Lithograph die Möglichkeit, eine Schule zu besuchen, unbenutzt lassen, auch wenn er dadurch auf andere, angenehmere Dinge verzichten müßte.

Für solche, die nicht in der Lage dazu sind, bleibt nichts anderes übrig, als selbst ans Werk zu gehen und mit anderen Mitteln sich weiter zu bilden. Zweifelloser schult ja den, der mit Herz und Kopf dabei ist, die tägliche partikuläre Arbeit am meisten. Diese tägliche Arbeit kann aber einseitig sein oder auch zu wenig Wert auf Qualität legen. Um diese Mängel und Lücken der Tagesarbeit auszugleichen, muß dann an Stelle der Schule Selbstübung und Selbststudium treten. Zu beiden gehört allerdings Willensschulung und eine gewisse Menge Charakterstärke, um dabei durchzuhalten. Unerlässlich ist Berufslektüre und Studium von Fachzeitschriften. Sie sind notwendig, um Stil und Richtung der Zeit zu erfassen und die Entwicklung im Gewerbe zu verfolgen. Der Gehilfe soll sich aber auch Allgemeinbildung ver-

schaffen, denn diese ist ohne Zweifel von größter Wichtigkeit. Gerade für den Lithographen, der häufig im Stein- druckgewerbe einen leitenden Posten erklimmen kann.

Einen hervorragenden Anteil an der Berufsausbildung und Berufserziehung nehmen ferner noch die Fachausstellungen ein. Wenn sie auch in erster Linie als Reklame Schau anzusehen sind, so vermitteln sie doch dem beruflich Tätigen manche Kenntnisse und zeigen die neuesten Fortschritte auf allen Gebieten. Man denke z. B. an die große Ausstellung 1928 in Köln (Prestal). Auch kleine Ausstellungen, und wären es nur solche innerhalb einer Ortsgruppe oder einer Schule, sind dem Teilnehmer und Besucher von außerordentlichem Nutzen und regen an zum Eifer und zur Nachahmung.

In ähnlicher Weise wirkt fördernd und aneifernd die Beteiligung an Wettbewerben. Wer sich einmal intensiv beschäftigt hat mit einer derartigen Aufgabe, wird wissen, daß Hand und Hirn dabei tätig sein müssen. Aus den Ergebnissen, die ja sachmännlich beurteilt werden, wird jeder für sich wichtige Lehren ziehen können.

So wird derjenige, der beruflich was ist, je nach Ort und Umständen noch mancherlei Mittel finden, um sich empor zu ringen. Auch in unseren Berufen gilt immer und für alle das Volkswort: „Raste ich, dann roste ich!“
A. A.

Aus unseren Ortsgruppen

Arnsberg. Montag, den 30. September, konnten wir seit langer Zeit unseren Bezirksleiter, Kollegen Kem b ü g l e r, wieder einmal begrüßen. Derselbe behandelte in einer Versammlung unseren Verbandstag, das Reichs-Jugendtreffen und den Frankfurter Kongreß. Die Beschlüsse unseres Verbandstages wurden in einigen Punkten zur Zufriedenheit aller gefaßt. Ab 1. Oktober gelten in Arnsberg folgende Beitragsklassen und Beiträge. I. Klasse 1,60 RM., III. 0,85 RM. und Lehrlingsklasse 0,15 RM. Eine Änderung im Vorstand war Johann vorzunehmen. Vorsitzender wurde Kollege Lange, Schützenstr. 47, Kassierer Kollege Wilhelm Schulte, Hanlein 17. Nach der Besprechung von tariflichen und dringlichen Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Diesdorf. In unserer am 28. September stattgefundenen gut besuchten Versammlung referierte der Bezirksvorsitzende, Kollege Hofmann, Breslau, über die Jubiläums-Generalsammlung in Köln und die jetzt wirksam gewordenen Satzungsänderungen. Die Diskussionsredner zeigten Verständnis für die beschlossenen Reformen und der Vorsitzende, Kollege Rätiner, dankte dem Referenten für seinen allgemein verständlichen Vortrag. Beschlossen wurde, die Versammlung künftig wieder planmäßig abzuhalten.

Dortmund. Die Arbeitsgemeinschaft der hier neben unserem Verband die Verbände der Befeldungsarbeiter, Maler und Nahrungsmittelarbeiter angehören, veranstaltete Dienstag, den 8. Oktober, im großen Saal des Hotels „Zum goldenen Löwen“ eine gemeinsame Mitgliederversammlung. Es war ein erster Versuch und er ist gelungen. Der Saal war gut besetzt. In dieser Versammlung nahm auch Kollege Schmitz von der Volksbank in Essen teil, welcher vom Verammlungsleiter, Kollegen G r e e n k a m p vom Malerverband, aufs herzlichste begrüßt wurde. Kollege Schmitz machte vor Eintritt in die Tagesordnung einige Ausführungen über die Volksbank. Unser Kollege Kem b ü g l e r behandelte Johann in einstündigen Ausführungen das Thema: „Die christlichen Gewerkschaften im Kampfe um den Aufstieg der Arbeiterschaft.“ Er beschäftigte dabei weitgehend den vergangenen 12. Kongreß in Frankfurt. Kollege Kem b ü g l e r ging ein auf die Anfänge des Arbeiterstandes, auf den Kampf der ersten Jahre. Er zeigte, wie der Arbeiter früher stand und wie heute durch die Arbeit der Gewerkschaften vieles gebessert ist. Eingehend behandelte der Redner den zurzeit herrschenden Kampf gegen Sozialversicherung und alle Arbeiterrechte. Wie sich unsere christlichen Gewerkschaften in diesem Kampf betätigen, wurde klar herausgestellt. Notwendig ist eine Stärkung unserer Bewegung nach innen und nach außen. Weiter ist notwendig eine engere Zusammenarbeit aller christlichen Gewerkschaftsverbände. Wir müssen uns mehr als bisher als Gesamtbewegung fühlen und betätigen, dann werden wir die Zukunft meistern. Die Ausführungen fanden stärksten Beifall, die anschließende Aussprache untertrifft das von Kollegen Kembüglers Gesagte.

Die durch die Arbeitsgemeinschaft bereits begonnenen, sowie die noch zu leistenden Arbeiten wurden dann besprochen. Am 15. Oktober begann der Unterrichtssturm, der an 17 Abenden den Mitgliedern notwendiges Wissen vermitteln soll. Unkosten entstehen keine und erwarten wir die Teilnahme recht vieler Mitglieder. Für die Unterrichtsabende haben wir tüchtige Referenten gewinnen können. Die gut verlaufene Versammlung konnte dann nach 2 1/2 stündiger Dauer geschlossen werden.

Elberfeld. Zu unserer Mitgliederversammlung am 10. Oktober waren auch einige Kollegen von Barmen erschienen. Bezirksleiter, Kollege Schmitz, sprach zunächst über die neuen Beitragsätze und die Leistungen

Jugendbewegung

Wie Sungen!

Der Reichsjugendtag mit seinen unvergeßlichen Eindrücken hat uns alle mit froher Zuversicht und neuer Begeisterung erfüllt. Freund und Feind sah mit Staunen und ehrlicher Bewunderung auf die in Köln vertretenen Massen; auf die glänzende Organisation, die Ruhe und Disziplin. So soll es auch sein. Wir sind etwas und wollen etwas bedeuten, wir wollen das auch nach außen zeigen. Unser Graphischer Zentralverband war mit 412 Jungkollegen und Kolleginnen vertreten. Eine stattliche Zahl, über die wir uns herzlich freuen. Jeder Jugendführer hat sein reichliches Teil zu dem stolzen Gelingen beigetragen, die Arbeit aller steht mit in dem herrlichen Werk von Köln! Es konnten nicht alle selbst Zeuge des eindrucksvollen Geschehens sein. Leider! Trotzdem, die Arbeit aller, auch der dabei eingetretenen Mitglieder und Führer, hat das alles erst ermöglicht.

Jetzt sind die rauschenden Festestänge verwebt. Aber unsere Begeisterung, unser Wille zu Tat soll anhalten! Jetzt ist die Zeit, da wir zeigen wollen, was wir sind und was wir können!

Die Herbstwerbemachen sollen in erster Kampflinie die Jugendlichen sehen. Damit wollen wir den Dank an unsere Führer, den Dank für das bisher geleistete ausdrücken. In einem feierlichen Augenblicke, bei der großen Kundgebung auf der Festwiese, haben wir unserem ersten Führer, Bernhard Otte, gelobt:

„Wir wollen treue Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, begeisterte Mitarbeiter und starke Kämpfer für Recht und Freiheit sein und bleiben.“

Jetzt kommt die Zeit der Tat! Nun gilt es, Worte und Versprechungen einzulösen! In den kommenden Wochen muß überall eine verstärkte Werbetätigkeit einlehen. Heran an die Unorganisierten, heran an die christlich Gesinnten, die sich in die freien Verbände lösen ließen! Aufklären, werben, unermüdetlich werben! Das ist unsere Aufgabe, möglichst viele neue Mitglieder gewinnen ist unser Ziel. Wie machen wir das?

In erster Linie die bekannten jugendlichen Mitarbeiter, die Mitleserlinge bearbeiten. In der Schule, auf dem Wege, beim Sport — überall gibt es Gelegenheit. Du tanst das nicht? — Aber natürlich, jeder Junge kann einem anderen Gleichaltrigen etwas schmeißen machen. Du tanst doch auch für deinen Sport werben, tanst deine Ansicht über den oder jenen bekannten Sportsmann glänzend verteidigen. Also — wenn du mit Leib und Seele bei einer Sache bist, tanst du dafür sprechen. Und wenn du tatsächlich nicht alle in heran willst, dann nimm doch noch einen Freund mit. Was du allein nicht fertig bringst, was dein erster Mal nicht gelingt, das packt man zu zweit wieder an. Immer wieder, bis der Erfolg da ist!

Was auf diese Weise noch nicht klappt, das meldet dem Vorstand. Der wird dann einen älteren Kollegen bestimmen, der mit dir auf Hausgitation geht. Das ist eine keine Gelegenheit, die Leute zu bearbeiten, sie kennen zu lernen. Da kann man ihnen allerlei erzählen, das sie sonst gar nicht anhören würden. Da kommt man sich näher. Ein ganz großer Vorteil ist, daß man da die Eltern sprechen und sie über unser Ziel und Wollen aufklären kann. Die Hausgitation ist deshalb auch mit Recht ein geschätztes und oft erprobtes Mittel der gewerkschaftlichen Werbearbeit.

Mittel und Wege gibt es also genügend. Wollen wir Sungen da mitmachen? Jawohl, wir lösen unser Wort, wir gehen an die Arbeit.

Die Zentrale hat schon durch Rundschreiben darauf hingewiesen, daß besonders erfolgreiche Jungwerber ent-

der Invalidenunterstützung. Sodann berichtete er eingehend über den 12. Kongress in Frankfurt. Die lebhafteste Aussprache bewies, daß seine Ausführungen einen guten Nachhall fanden und uns alle zu neuer Arbeit ermunterten. E. W.

Fröndenberg. Unsere Ortsgruppe traf sich am Samstag, den 5. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Saale des Gasthofes Schneidersmann zu einer kleinen Feier. Wir wollten zusammen mit unseren Angehörigen neben der eigentlichen Gewerkschaftsarbeit auch einige gemütliche Stunden erleben. Auch die Unorganisierten waren eingeladen und konnten wir eine Reihe neuer Mitglieder gewinnen. Neben unserem Bezirksleiter hatten wir die Freude, drei Kollegen aus Hamm begrüßen zu können. Kollegin Elly Albert beehrte die Anwesenden mit einem gut vorgetragenen Prolog. Die Musikkapelle Trotter brachte gute Konzertsätze zu Gehör. Für den humoristischen Teil sorgte in sehr guter Weise Kollege Albert Fleige. Der wichtigste Punkt war die Festschreibung von Kollegen K e m b ü g l e r. Er behandelte Fragen, welche hauptsächlich die Beschäftigten in der Kartonnagenindustrie angingen, ohne dabei die Gesamtbelange der Arbeiterschaft zu vergessen. Die Festschreibung fand guten Beifall und dürfte ihren Zweck erfüllen, nämlich Stärkung des Organisationsgedankens in der Kartonnagenindustrie. Den rührigen Vorstandsmitgliedern, Kollegen T h e i n e r und Kollegin K i s m e r, gebührt Dank und Anerkennung für die geleisteten Vorarbeiten.

Östlich. Am Sonnabend, den 12. Oktober, vereinigten sich die Mitglieder mit ihren Angehörigen in Rungens Restaurant, Landstr. 18, zur Feier des 10jährigen Bestehens der Ortsgruppe. Der Vorsitzende, Kollege B o g t, konnte den Bezirksleiter, Kollegen H o f m a n n, Breslau, die Mitglieder des Gutenberg-Bundes und zahlreiche Gäste begrüßen. Kollege Hofmann wies in einer kurzen Festansprache auf die Ziele der christlichen nationalen Gewerkschaften hin. Er betonte, daß wir uns nicht verlassen fühlen brauchen, unsere Sache geht vorwärts, da wir bewährte tüchtige Führer an der Spitze haben. Das bewies auch die große Kundgebung am Jubelstift des Graphischen Zentralverbandes in Köln. Der Redner schilderte dann die Gründung unserer Ortsgruppe vor zehn Jahren durch Kollegen Bogt, der trotz aller gegnerischen Maßnahmen stets treu zu unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung hielt. Zum Schluß brachte Kollege Hofmann ein Hoch auf den Graphischen Zentralverband aus.

Hierauf übermittelte Kollege B u s c h k e die Glückwünsche des Gutenberg-Bundes und betonte die enge Verbundenheit und Zusammenarbeit zwischen Graphischen Zentralverband und Gutenberg-Bund. Der Vorsitzende verlas noch ein Glückwunschtelegramm der Ortsgruppe Breslau und dankte für alle dargebrachten Wünsche herzlichst.

Die kleine Feier ward durch gut vorgetragene Musikstücke verschönt. Eine Verlosung beglückte die Teilnehmer mit manchen schönen Gewinnen.

Möge die Feier zum Wachsen und Blühen der Ortsgruppe beitragen.

Hamm. Die letzte der 5 Unterbezirksversammlungen des Bezirks „Nordwest“ fand Sonntag, den 29. September, hier statt. Betreten waren die Ortsgruppen Gütersloh, Pippstadt und Hamm. Der Besuch der Versammlung war gut. Der Vorsitzende, Kollege A u s t e r m a n n, begrüßte namentlich die auswärtigen Mitglieder aufs herzlichste. Kollege K e m b ü g l e r behandelte alsdann in längeren Ausführungen das allgemeine Thema dieser Versammlungen: „Stand und Aufgaben unseres Graphischen Zentralverbandes.“ Auch hier fand der Vortrag lebhaften Beifall. Die Aussprache war gut. Besonders wurden die konfessionellen Standesvereine und die Verhältnisse in den Tendenzbetrieben eingehend besprochen. Es ist ja eine Tatsache, daß sich sogenannte christliche Betriebe oft alles andere leisten, als die Herdorkerung eines christlichen Standpunktes. Trifft dies auch nicht allgemein zu, so haben doch Vorgänge in Hamm und Pippstadt kein gutes Bild gezeigt. Dies soll uns aber nicht abhalten, trotz dieser Mißstände dem christl. Gewerkschaftsgedanken die Treue zu bewahren. In den konfessionellen Standesvereinen werden wir nur dann zu unserem Rechte kommen, wenn wir dort Mitglieder und Mitarbeiter sind. In agitatorischer Beziehung konnte Gütersloh von guten Erfolgen berichten. Ebenso sind wir in Hamm noch vorangekommen, wo wir nun von einem fast 100%igen Organisationsverhältnis sprechen können. Nach 2 1/2stündiger Dauer konnte die Versammlung geschlossen werden.

Landshut. Am 8. Oktober hatten wir abends 8 Uhr im neuen Kolpinghaus eine gut besuchte Versammlung. Der Vorsitzende, Kollege P r o b s t, erledigte zuerst verschiedene geschäftliche Punkte, und erteilte dann dem neuen Bezirksleiter, Kollegen S t e i n h a r d t, das Wort. Dieser referierte in sachlicher und leicht verständlicher Weise über den Frankfurter Kongress und unsere Satzungsänderungen.

Die Diskussion war sehr lebhaft und befaßte sich besonders mit den Änderungen im Unterstützungswesen. Einstimmig fand die Erklärung des Referenten Zustimmung, daß unser Verband in erster Linie eine Kampf-

organisation sei. Eine Einladung zur Beschäftigung der Museumsbibliothek in München wurde freudig aufgenommen. Vom Kollegen Probst wie vom Bezirksleiter wurde wiederholt für rege Werbearbeit appelliert und ein Werbeplan für die nächsten Wochen aufgestellt. Mit dem Wunsche, bei der nächsten Versammlung über Erfolge berichten zu können, wurde die Versammlung geschlossen. J. P.

Nehem. Zu einem Ausspracheabend waren wir am Montag, den 30. September, mit unserem Kollegen K e m b ü g l e r zusammengekommen. Eine Reihe Fragen wirtschaftlicher, sozialpolitischer, tariflicher und gewerkschaftlicher Art wurden besprochen. Die Anwesenden waren der Ansicht, daß solche Abende sehr nützlich seien. Es wäre allerdings notwendig, daß sich noch mehr Mitglieder für solche Fragen interessieren. Die Neuaufnahme von 2 Mitgliedern konnte erfolgen, damit ist hier das Organisationsverhältnis 100%. Unser Kassierer muß sich leider stets über 2 Restanten beklagen. Die Kollegen sollten bedenken, daß durch ihre Säumigkeit die Arbeiten des Kassierers erschwert werden. Zudem schädigen sie sich selbst in bezug auf die Verbandsunterstützungen. E. B.

Paderborn. Einem Gerichtstermin war es zu verdanken, daß am Dienstag, den 1. Okt., die Kollegen H o r n b a c h (Köln) und K e m b ü g l e r (Dortmund) in unserer Mitte weilten. Die einberufene Versammlung war so überfüllt, daß wir in einen größeren Saal übersiedeln mußten. Vorsitzender, Kollege A p p e l b a u m, begrüßte freudig die beiden Kollegen, ganz besonders unsern bewährten ersten Führer, Kollegen Hornbach. Dieser behandelte dann in längerer Rede den uns aufgezwungenen Prozeß um den Reichs-Hilfsarbeitertarif und den Kampf um die Arbeitslosenversicherung. — Die Ausführungen fanden den stärksten Beifall, besonders zeigten sie unsern Hilfsarbeitern, daß die Organisation voll und ganz ihre Rechte vertritt. — Anschließend behandelte Kollege K e m b ü g l e r einige andere aktuelle Fragen. Ein besonderes Wort fand er für die zahlreich anwesende Jugend. — Unsere Stellung zur Arbeitslosenversicherung ist bekannt, wir wollen nicht Abbau, sondern Ausbau der Versicherung. Die bedauerliche Tatsache, daß wir zur Zeit in sogenannten christlichen Betrieben um die Anerkennung der tariflichen Rechte unserer Hilfsarbeiter kämpfen müssen, soll uns nicht abhalten, nun erst recht auf dem Boden unserer christlichen Weltanschauung unser Recht zu vertreten. — Bedauert wurde die Durchlöcherung des Api-Tarifes. Die tarifliche Unfairheit im Buchbindergewerbe, — hervorgerufen durch 3 Reichstarife, wird durch das letzte Abkommen mit dem Bunde deutscher Buchbinder-Innungen noch vergrößert. — Einige geschäftliche Angelegenheiten wurden dann noch erledigt, so daß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung nach 2 1/2stündiger Dauer schließen konnte.

Literatur-Eingänge

Größenordnungen in Volk und Wirtschaft. Von L. Letterhaus und Dr. Franz Röhr. RM. 5,50.

Dieses schon il. berühmte gewordene statistische Hand- und Verabuch unterrichtet über alle gewöhnlichen Gebiete.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1929 Organisationspreis RM. 3,50.

Über die Arbeiten, Erfolge und weiteren Ziele der christlichen Gewerkschaften gibt dieses Jahrbuch die denkbar beste Auskunft. Es sollte in keiner gewerkschaftlichen Bücherei fehlen.

Die Arbeit der christlichen Gewerkschaftsinternationale in den Jahren 1925—1928. Veröffentlichung des internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften, Utrecht, Holland. In Leinwand gebunden 2,50 holl. Gulden.

Dieses umfangreiche Werk gibt eine gute Übersicht über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in zwölf europäischen Ländern.

Hoeninger, Arbeitsrecht. Die reichsgesetzlichen Vorschriften über das Arbeitsverhältnis. Neueste Auflage. RM. 6,50. Diese Sammlung von Gesetzen und Vorschriften über das Arbeitsrecht halten wir für die beste.

Aufgaben der Arbeitervertreter in der Krankenversicherung. Beder (Arnsberg). Einzelpreis RM. 0,50. Ein wertvolles Handbuch für unsere Versicherungsvertreter.

Diese Schriften liefert der christliche Gewerkschaftsverlag Berlin-Wilmersdorf.

Der Kampf um die deutsche Sozialversicherung. Hauptgeschäftsstelle des kirchlich-sozialen Bundes, Berlin-Spanbau, Johannestift, Preis RM. 0,60. Eine kurzgefasste und doch reichhaltige Zusammenstellung mit wertvollem Material.

„Konsumgenossenschaftsbewegung und Entproletarisierung der breiten Schichten“, von Prof. Dr. Th. Brauer, Gepag-Verlag, Köln, Bayenstr. 45/47, RM. 0,45. Entproletarisierung — ein Hoffnungsakt. Für jede Seite, die mit echtem Willen geschrieben ist, muß man dankbar sein. Das Thema ist aktuell, die Schrift ist gut geschrieben und billig, so daß wir jedem die Anschaffung sehr empfehlen.

Bestellungen für alle hier besprochenen Schriften direkt oder durch unsere Zentrale, Köln, Benloerwall 9.

Briefkasten

H. in F. Gut so! Das ist ein ausgezeichnete Anfang. Wann kommt das nächste? Freundlichen Gruß.
H. in D. Fein! Schniger sehen anders aus! Dank und Gruß.
M. und W. in F. Material eingegangen, wird erledigt. Immer noch das alte Lied? Dem muß einmal abgeholfen werden. Brief folgt. Freundlichen Gruß allen.
B. in B. Geht nicht so. Hänge das doch einem Ortsgruppenbericht an. Freundlichen Gruß.
S. P. in E. In Berichte soll nur Wesentliches. — Eine Erklärung ist sehr wesentlich für den Betroffenen, aber den andern schaupe. Freundlichen Gruß.
A. in D. Mehr herein schreiben! Gerade das, was in der Debatte zum Ausdruck kommt, gibt die Würze. Freundlichen Gruß.
E. in D. Material glänzend und vollständig. Ein Teil der anderen Arbeiten muß diesmal leider zurückbleiben. Dank und Gruß.
H. in F. Leider zu spät. Kommt aber das nächste Mal. Dank für die gute Arbeit. Gruß an die lieben Seelen herzlich erwidert.

Graphischer Zentralverband

Geschäftsstelle: Köln a. Rh., Benloerwall 9
Fernsprecher: West 52 585
Postfachkonto: Köln 151 71

Abrechnungen vom III. Vierteljahr fanden ein bis zum 19. Okt. 1929: Düren, Vingen, Al-Uhlem, Mainz, Klee, Duisburg, Bielefeld, Bielefeld, Dortmund, Barmen, Dillmen, Gütersloh, Weischede, Paderborn, Recklinghausen, Dortmund (Eingelungstabelle), Kaufbeuren, Kempen, Landshut, Regensburg, Altschiffenburg, Wainburg, Karlsruhe, Seelbach, Vörsching, Grünhain, Pirmasens, Elm, Danzig, Eberswalde, GutsMuths, Köslin, Pirna, Diersdorf, Gerstl., Weuthen, Glogau.

Gelder fanden ein bis zum 19. Okt. 1929: Bonn, Köln, Düren, Gumbinnen, Danzig, Dillmen, Bielefeld, Pirmasens, Elm, Weuthen, Glogau, Essen, Wörsching, Paderborn, Grünhain, Weid., Vingen, Hamm, Klee, Vörsching, Klee, Gütersloh, Seelbach, Bielefeld, Eberswalde, Bremen, a. Logau, Al-Uhlem, Landshut, Weischede, Pirna, Kaufbeuren, Köslin, Nordhorn, Hildesheim, Eidenhof, Mainz, Wainburg, Recklinghausen, Dortmund, Nürnberg, Kempen, Karlsruhe, Essen, Duisburg, Diersdorf, Düsseldorf, Dortmund (Eingelungstabelle).

Anzeigen

Unserem lieben Kollegen
Karl Pahl
nebst Frau die besten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung wünscht
Ortsgruppe Berlin

Unserer lieben Kollegin
Annj Mejewsky
nebst Bräutigam die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung.
Ortsgruppe Düsseldorf

Unserem lieben Kollegen
Josef Kolländer
und Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung
Ortsgruppe Köln

Unserer lieben Kollegin
Rosa Bertl,
nummehr Frau Bader, und ihrem Gatten nachträglich die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung.
Ortsgruppe München

Unserem lieben Kollegen
Wilhelm Schwiers
nebst Braut zur Vermählung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.
Ortsgruppe Rheid.

Unserem lieben Kollegen
Josef Welten
nebst Braut zur Vermählung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.
Ortsgruppe Rheid.

Unser langjähriger früherer Kassierer, unser lieber Kollege
Adolf Gonter
starb am Montag, den 14. Oktober, infolge eines Schlaganfalles im Alter von 69 Jahren. Sein Wirken in unserer Ortsgruppe bleibt uns unvergesslich. Ruhe sanft!
Ortsgruppe Barmen.